Abonnementspreis
für Bielefeld und Umgegend, sowie bei sämtlichen Agenturen frei ins Haus gebracht 60 Pfg. monatlich. Durch die Post bezogen 1,80 Mk. vierteljährlich exklusive Bestellgeld.
Einzelnummer 10 Pfg.

Erscheinungstage
mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage täglich nachmittags.

Fernsprech-Anschluß Nr. 353.

Volkswacht

Organ der Sozialdemokratie für das östliche Westfalen und die lippischen Fürstentümer.

Insertionspreis
für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Inseraten-Annahme
bis 1/29 Uhr vormittags. Größere Inserate müssen bis 5 Uhr abends tags zuvor aufgegeben sein.

Druck und Verlag der Buchdruckerei und Buchhandlung „Volkswacht"
A. Gerisch & Co., Bielefeld.

Buchhandlung, Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße Nr. 20.

Nr. 174. **Bielefeld, Donnerstag, 29. Juli 1909.** **20. Jahrg.**

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Tabakarbeiter — Augen auf!

Die Angst vor den Folgen des schmählichen Verrates der Zentrumspartei an den Tabakarbeitern tritt bei den Führern der organisierten christlichen Arbeiter immer mehr hervor. Um diese Folgen abzuschwächen, verlegen sie sich auf die Entschuldigung des Verrates und machen sich durch diese Täuschungsversuche zu Mitschuldigen.

Die „Deutsche Tabakarbeiter-Zeitung", das Organ des „christlichen" Tabakarbeiterverbandes, macht verzweifelte Anstrengungen, den Unwillen der vom Zentrum geprellten und verratenen christlichen Tabakarbeiter zu beschwichtigen. Das Blatt beschwört die erzürnten Arbeiter, um Gotteswillen nicht in unseren, den Deutschen Tabakarbeiterverband, überzutreten. Damit bekennt es schon, daß im Deutschen Tabakarbeiterverband die Interessen der Tabakarbeiter ehrlich vertreten werden, und jedermann weiß, daß hier die Arbeiter nicht schnöde verraten, nicht den ausbeuterischen besitzenden Klassen oder einem Steuerraube des Staates überliefert werden, wie durch die Zentrumspartei und ihre Helfershelfer in Arbeiterkreisen.

Denn etwas anderes als Helfershelfer des Zentrums sind diejenigen nicht, die das verbrecherische Treiben des Zentrums zu entschuldigen versuchen. Das tut aber die „Deutsche Tabakarbeiter-Zeitung"; sie beruft sich wie die übrige Zentrumspresse auf den Umfall des Deutschen Tabakvereins, auf die Steuervorschläge der Jädicke und Konsorten, um den Umfall und Verrat des Zentrums zu beschönigen. Wörtlich schreibt sie: „Erst dieser unschöne Wettlauf der Tabakinteressenten hat viele Abgeordnete, die sonst gegen ein Steuererhöhung gestimmt hätten, umgestimmt."

Das klingt, als ob ein Zentrumspfaff diese Entschuldigung dem Blatte selbst aufgehängt hätte. Was sind das für Abgeordnete, die aus dem Verrat einiger egoistischer Großindustrieller den Mut hernehmen, die gesamte Tabakarbeiterschaft ins Verderben zu stürzen? Solch traurige Kreaturen scheinen demnach auf die erste beste Gelegenheit gewartet zu haben, um ihre eigenen schoflen Absichten durchsetzen zu können. Das Blatt scheint gar nicht zu merken, daß es mit seinen Entschuldigungsversuchen die umgefallene verräterische Zentrumspartei in ihrer ganzen heuchlerischen Häßlichkeit bloßstellt. Ehrliche Volksvertreter lassen sich durch nichts zum Umfall bewegen; die Schädlichkeit gefährlicher gesetzgeberischer Maßnahmen hält jeden charakterfesten Mann ab, dafür zu stimmen. Die Zentrumsabgeordneten aber handelten entgegengesetzt. Das wird durch keine Berufung auf die Schmach anderer entschuldigt.

Neben dieser mißlungenen, verräterischen Entschuldigung prahlt dann dies christliche Tabakarbeiterblatt mit den angeblichen Erfolgen des „christlichen" Verbandes. Aber es mag wohl schon merken, daß niemand an seinen Schwindel glaubt; denn es schreibt:

„Es wird niemand glauben wollen, daß die ursprünglich geplante Tabaksteuer von 77 Millionen, die dem Tabakgewerbe eine Belastung von mehr als 130 Millionen Mark gebracht hätte, auf 43 Millionen heruntergesetzt worden wäre, wenn sich unser Verband nicht so einmütig und planmäßig gewehrt hätte"

Also nur dem christlichen Tabakarbeiterverband zuliebe hätte demnach das Zentrum nicht noch schmählicher gehandelt und eine noch höhere Besteuerung des Tabaks unterlassen? Das ist ja grandios!

Man weiß nicht, was man bei dieser Schreiberei mehr bewundern soll, die Unverfrorenheit der falschen Darstellung oder die Dummheit, mit der die Dinge auf den Kopf gestellt werden. Wahr ist, daß das Zentrum die unsinnige und gefährliche Idee eines Wertzollzuschlages aufnahm und die Höhe dieser Besteuerung bis zu 30 Prozent bestimmte, aber im Handumdrehen, ohne jedes Wort der Begründung oder Entschuldigung sofort für die Steigerung auf 40 Prozent stimmte, als von seinen konservativen Blockgenossen dieser Antrag in der Kommission gestellt wurde. Es hat sich den Teufel um den christlichen Tabakarbeiterverband gekümmert, es kam ihm nur darauf an, zirka 500 Millionen Mark neuer indirekter Steuern zu schaffen, um dadurch den Reichskanzler Bülow zu zwingen, diese Steuern aus der Hand des seit 1907 von der Regierungsschüssel ausgeschlossenen Zentrums zu nehmen und es wieder in Gnaden als Regierungspartei aufzunehmen oder wegen der vom Zentrum abgelehnten direkten Steuern (Erbschaftssteuern) abzudanken. Dieser politische Zweck hat beim Zentrum jede Rücksichtnahme auf andere Dinge in den Hintergrund gedrängt. Deshalb war es auch, als sich die Aussicht auf Erreichung dieses politischen Zweckes eröffnete, sofort für eine Höherbesteuerung des Tabaks, gegen die es erst scheinbar Opposition gemacht hatte. Lächerlich, zu denken, das Zentrum habe dem christlichen Tabakarbeiterverband zuliebe gehandelt, als es umfiel und die Wertzollbesteuerung beschloß.

Merkt das Blatt auch hier nicht, wie es sich und den christlichen Verband bloßstellt? Das Zentrum hatte es in der Hand, das Unglück einer Höherbesteuerung des Tabaks von der Industrie resp. den Arbeitern fern zu halten und spiegelte das den Arbeitern vor. Trotz des großartigen Einflusses des christlichen Verbandes beging es aber schmählichen Verrat und verhängte das Unglück über die Tabakarbeiter. Und nun kommt das christliche Arbeiterorgan und versucht es dem christlichen Verband als ein Verdienst zuzuschreiben, daß das Zentrum seinen Verrat dadurch gemildert habe, daß es nur mit 43 Millionen Mark die Tabakindustrie belastete.

Solche blödsinnige, mitverräterische Entschuldigungen stinken zum Himmel, solche verfehlte Selbstbelobigung wirkt lächerlich und verächtlich. Uebrigens wird die Tabakindustrie durch den Verrat des Zentrums nicht bloß mit 43, sondern mit 53 Millionen mehr belastet, wie in der Finanzkommission des Reichstages berechnet wurde.

Nach solch verunglückten Entschuldigungsversuchen ist es nötig, nach den Motiven für dieses Gebaren zu suchen. Sie werden aufgedeckt durch einen einzigen Satz in dem ganzen Erguß des Blattes; dieser Satz lautet:

„Oder glaubt Ihr (gemeint sind die christlichen Arbeiter) im sozialdemokratischen Verband mehr zu erreichen?"

Die ganze Angst vor dem Abfall der schmählich betrogenen und darüber erzürnten Arbeiter prägt sich in diesem Satz aus. Mit Recht fürchtet man, die schlichten Arbeiter könnten einsehen lernen, daß es der Deutsche Tabakarbeiterverband war, der den Kampf gegen die höhere Besteuerung des Tabaks nicht nur zuerst aufnahm, sondern auch konsequent, ohne jede Rücksichtnahme durchführte. Unsere Taktik war es, die erst den christlichen Verband vorwärtsdrängte. Nun hat sich aber gezeigt, daß dieser Verband nicht den geringsten Einfluß auf die allmächtige Zentrumspartei hat, deren Zwecken er doch eifrig und willig dient. Noch jetzt, nach dem Verrat, tut er dies, indem er die Verräterin zu entschuldigen versucht.

Da ist es kein Wunder, wenn bei seinen Führern die Befürchtung auftaucht, ihr Spiel könnte von den christlichen Tabakarbeitern durchschaut werden, so daß sie dem christlichen Verband den Rücken kehren und zu ihren Brüdern im Deutschen Tabakarbeiterverband übertreten. Aus Furcht vor dem möglichen Uebertritt versteigen sie sich zu dem alten Schreckmittel, unseren Verband als sozialdemokratisch zu bezeichnen.

Verächtlich, wie dieser jesuitisch-christliche Kniff ist, haben wir ihn dennoch nicht zu scheuen. Klar steht vor allem diesem Kniff gegenüber, **daß die Sozialdemokratie sich nie eines Verrats an den Arbeitern schuldig gemacht hat, wie jetzt und in vielen anderen Fällen die christliche Zentrumspartei. Und ebenso stolz kann der Deutsche Tabakarbeiterverband auf seine ganze Vergangenheit zurückblicken** und darauf hinweisen, daß sein ganzes Wirken nur auf die Wahrnehmung der Interessen der gesamten Tabakarbeiterschaft gerichtet war, die er ohne Rücksicht auf alle Parteien verfolgt hat.

Himmelweit sticht diese aufrichtige Interessenvertretung der Arbeiter ab von der Zutreiberei, die die Führer des christlichen Verbandes für die Interessen der Zentrumspartei praktizieren. Ist es schon verräterisch, die Arbeiter, die ihre Interessen nur kraftvoll in einer einzigen geschlossenen Organisation vertreten können, zu spalten und sie in Anhängselvereine für die bürgerlichen Parteien zu locken, so ist es doch noch schändlicher, die verratenen Arbeiter zu täuschen, ihre bittersten Feinde zu entschuldigen und durch die Entschuldigung des Zentrumsverrats die öffentliche Moral geradezu herabzusetzen und zu beleidigen. Dessen macht sich aber die „Deutsche Tabakarbeiter-Zeitung", das Organ des christlichen Verbandes, schuldig.

Wo so dreist die Arbeiter an der Nase herumgeführt werden, da ist auch die Verleumdung des Gegners heimisch, da verbirgt sich die innerlich bewußte Unehrlichkeit hinter Schimpferei und Lüge, da wird der Verrat der Arbeiterinteressen zum Geschäft. Da sollten aber auch die Arbeiter den Mut finden, den Helfern ihrer Feinde den Rücken zu kehren.

Los vom Zentrum! — das muß der Entschluß jedes ehrlichen Arbeiters katholischer Konfession sein, denn das Zentrum hat ihre Lage erbarmungslos verschlechtert. Los von den christlichen Gewerkschaftsverbänden, die für die Zentrumspartei nur Zutreiberdienste leisten und die Arbeiterfeindlichkeit dieser Partei durch Täuschung und Unwahrheit zu verdecken suchen.

Die Arbeiter können ihre Lage nur verbessern, den Kampf für ihre Befreiung nur siegreich durchführen, wenn sie sich, losgelöst von den bürgerlichen Parteien, selbständig organisieren. Das haben die im Deutschen Tabakarbeiterverband Organisierten bereits getan. Alle Tabakarbeiter sollten sich ihm anschließen.

(„Der Tabakarbeiter.")

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Bassermann und Bülow. In den „Berliner Neuesten Nachrichten" wird erzählt, daß der Abg. Freiherr Heyl zu Herrnsheim in der Verteidigungsrede, die er in Worms vor den Vertrauensmännern seiner Partei gehalten hat, u. a. betont habe, daß Bassermann dem Fürsten Bülow eine Mehrheit von fünf Stimmen für die Erbschaftssteuer in Aussicht gestellt habe. Der Reichskanzler habe darauf zu Bassermann gesagt: Wenn er ihm die Mehrheit von 5 Stimmen bringe, so wolle er dafür garantieren, daß die Regierung fest bleibe. Aber schließlich fehlten die 5 Stimmen und die Regierung blieb nicht fest.

Abg. Heyl zu Herrnsheim ist jedenfalls über die Vorgänge innerhalb der nationalliberalen Reichstagsfraktion sehr genau informiert und bei der Intimität, die zwischen Bassermann und Bülow in den letzten 2 Jahren geherrscht hat, erscheint es keineswegs ausgeschlossen, daß der Vorfall sich in dieser Weise abgespielt hat. Uebrigens wird Herr Bassermann nur dann bei den kommenden Wahlen wieder in den Reichstag zurückkehren, wenn er in einem Kreise aufgestellt wird, der zum sicheren Besitzstand der Nationalliberalen gerechnet werden kann. Der nationalliberale Führer vertritt jetzt einen Kreis, den ihm die Konservativen überlassen haben. Und daß die Konservativen ihn wieder aufstellen und wählen werden, das ist nach dem Zusammenbruch des Blockes doch nicht gut anzunehmen.

Ein merkwürdiges Versammlungsverbot. Frankfurt am Main, 28. Juli. Ein ganz merkwürdiges Versammlungsverbot hat, wie der „Fr. Ztg." aus Rodolstadt berichtet wird, sich im nahen Orte Teichel der Schulze erlaubt. Dort wollte der Landtagsabgeordnete Hofmann über die neuen Steuern sprechen. Der Schulze aber verbot die Versammlung, indem er meinte, eine Versammlung sei nicht nötig, die Leute seien über die neuen Steuern schon genug aufgeregt. Es wurde sofort Beschwerde beim Landrat eingelegt.

Die Biersteuer in Württemberg. Die der Norddeutschen Brausteuergemeinschaft nicht angehörenden Bundesstaaten sind genötigt, ihre Biersteuergesetze zu ändern. Die württembergische Regierung schlägt vor, die Steuer zu erhöhen auf 14,30 Mark für die ersten 550 Doppelzentner, auf 19,30 für die folgenden 1500 Doppelzentner, auf 20,90 Mark für die folgenden 2000 Doppelzentner und auf 22 Mark für den Rest. Das bedeutet eine Erhöhung der Biersteuer um 65 bis 100 Prozent.

Wenn der Zar reist. Außer Patrouillen Wandsbecker und Schleswiger Husaren, die den Zar auf seiner Fahrt durch den Kanal begleiten, sind zwei vollständige Infanterieregimenter zum Schutze des Lebens des Zaren aufgeboten worden. Das Inf.-Reg. Nr. 84 aus Schleswig ist Montag morgen, das Inf.-Reg. Nr. 163 aus Neumünster Mittwoch morgen nach dem Kanal abgerückt. Alle 300 Meter stehen 3 Mann Posten, ein Mann patrouilliert dazwischen. Alle Zugangsstraßen zum Kanal werden mit Unteroffizierspoften bezw. Doppelposten besetzt, die Hochbrücken von Offizierspoften. Sämtliche im Kanal liegenden Schiffe werden mit Militär besetzt. Auf ebener Fläche dürfen Zuschauer nur auf 10 Meter, im hügeligen und bewaldeten Gelände nur auf 50 Meter an den Kanal hinauskommen. Der Eckernförder Hafen ist während der Anwesenheit des Zaren auf Gut Emmelmark für den gesamten Ruder- und Segelbootverkehr vollständig gesperrt. Torpedoboote sorgen für Aufrechterhaltung dieser Maßregel. Auf dem Gute selbst wimmelt es von russischen und deutschen Geheimpolizisten.

Verbot der Ueberarbeit in Zigarrenfabriken. Die Besitzer von Tabakfabriken lassen jetzt Tag und Nacht arbeiten, um noch so viele Zigarren als nur möglich auf den Markt zu bringen, ehe die Tabaksteuer in Kraft tritt. Die Folge muß natürlich sein, daß mit diesem Termin sofort eine große Arbeitslosigkeit eintritt, denn die Lager sind gefüllt, die Konsumenten haben sich mit teils erheblichen Mengen versorgt und außerdem geht der Konsum zurück.

Die badische Regierung hat nun die Ueberarbeit in Zigarrenfabriken verboten, soweit diese Ueberarbeit mit der Tabaksteuer zusammenhängt. Für das Verbot dürften natürlich rein fiskalische Gründe bestimmend gewesen sein.

Gegen den Bund der Landwirte. Auf dem dritten westpreußischen Bauerntag, der am Sonntag in Schönsee stattfand, wurden die Führer des Bundes der Landwirte überaus scharf angegriffen. Bei der Beratung des Zolltarifs habe der Bund der Landwirte die Interessen des Kleingrundbesitzers nicht gewahrt. Wenn es den kleinen Bauern jetzt besser gehe, so hätten sie das allein den Gegnern des Bundes zu verdanken. — Eine Resolution zugunsten des Bundes der Landwirte wurde mit 350 gegen 6 Stimmen abgelehnt.

Die „Deutsche Tageszeitung" hat schon recht, wenn sie vor einigen Tagen schrieb, für den Bund der Landwirte seien jetzt schwere Zeiten angebrochen. Die Bauern haben eben endlich doch erkannt, daß sie bisher nur die Aufgabe hatten, die Kastanien für die Junker aus dem Feuer zu holen. Wenn diese Erkenntnis immer weiter um sich greift, so daß die Junker allmählich isoliert werden, so wird man gegen diese Entwicklung nichts einwenden können. Schließlich ernten die Junker eben nur, was sie gesäet haben.

Ein Beitrag zur Tabaksteuer. Bekanntlich hat der Reichstag 4 Millionen Mark zur Unterstützung derjenigen Arbeiter und Arbeiterinnen bewilligt, die infolge der neuen Tabaksteuer in ihrem Einkommen geschädigt oder gar arbeitslos werden. Die Unterstützung soll bis zu drei Viertel des vor dem 1. August d. J. bezogenen Normallohnes betragen. Und zwar soll derjenige Arbeiter die Unterstützung erhalten, der nachzuweisen in der Lage ist, daß er nicht durch eigene Schuld brotlos wurde.

Der Leiter der Badischen Fabrikinspektion, Dr. Bittmann, hatte, wie wir bereits mitgeteilt haben, am 24. d. M. in Mannheim mit Vertretern der Tabakarbeiterorganisationen in dieser Angelegenheit eine Aussprache, bei der es als eine Härte bezeichnet wurde, daß Arbeiter oder Arbeiterinnen, die vom Unternehmer nicht wegen Mangel an Arbeit entlassen werden, keine Entschädigung erhalten sollten. Denn, so wurde mit Recht ausgeführt, auch diese Personen müssen unter der Arbeitslosigkeit leiden. Als völlig verfehlt wurden in der Konferenz die Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz bezeichnet. Der Bundesrat hat die Obersteuerbehörden zur Entgegennahme und Erledigung der Anträge auf Unterstützung bestimmt. Diese Behörden sind mit der Sozialgesetzgebung und mit den Arbeiterverhältnissen nicht vertraut und haben ihren Sitz nur in den Städten, während die Tabakindustrie auf dem platten Lande zuhause ist. Der Wohnsitz der Arbeiter ist fast ausschließlich auf dem Lande. — Es soll nun für Baden der Versuch gemacht werden, den Ausführungsbestimmungen eine andere Auslegung zu geben und insbesondere als Ausführungsbehörden andere, sozialpolitische Institutionen, vielleicht die Bürgermeisterämter, zu bekommen. Auch soll die Möglichkeit geschaffen werden, daß die Organisationsvertrauensleute als begutachtende Personen beim Vollzug des Gesetzes mitwirken.

Steuer-Drückeberger.

Ultramontane und konservative Blätter entrüsten sich Tag für Tag darüber, daß eine Anzahl von Aktiengesellschaften vor dem 1. August noch Zinsscheine herausgeben, um ihre Aktionäre auf Jahre hinaus vor der Talonsteuer zu bewahren. Hageldicht sausen die Hiebe auf jene Aktiengesellschaften herab, die sich die Lücke im Gesetz zunutze machten, die von den ultramontan-konservativ-polnischen Steuerwütigen übersehen worden ist. Die Entrüstung muß aber komisch wirken, wenn man sieht, daß ultramontane und konservative Herren die Steuerdrückebergerei selbst betreiben. In dem echt katholischen und zentrumstreuen „Münsterischen Anzeiger" befindet sich nämlich dieses Inserat:

Gerbaulet-Aktien.

Unsere Aktionäre werden ersucht, die in ihrem Besitze befindlichen Talons und Coupons unverzüglich bei uns einzuliefern zum Umtausch gegen neue Talons und Coupons für die Geschäftsjahre 1909 bis 1918. Mit dem 1. August d. J. tritt das Talonsteuergesetz in Kraft. Talons, welche nicht vor dem 1. August abgehoben werden, sind stempelpflichtig, und wir sind daher genötigt, diejenigen Aktionäre, welche die Talons nicht vor dem 1. August in Empfang genommen haben, mit der Talonsteuer zu belasten.

Münster, 23. Juli 1909.

Hotel zum König von England.
vorm. Gerbaulet. (A.-G.)

Die Aktien dieser Gesellschaft befinden sich in den Händen konservativer und ultramontaner Adeliger des Münsterlandes. Vorsitzender der Gesellschaft ist der Kgl. Kammerherr Landrat außer Diensten Wirkl. Geh. Rat Freiherr v. Landsberg in Drensteinfurt, zu den Aktionären gehören u. a. der Kgl. Landrat und Kammerherr v. Schorlemer in Ahaus, der Kgl. Kammerherr Landtagsabgeordneter Freiherr v. Twickel in Stovern, der Kgl. Kammerherr Graf Droste in Darfeld, der Kgl. Landrat Graf v. Westphalen in Münster, der Kgl. Kammerherr Graf Hatzfeld in Boniburg bei Münster, der Kreisdeputierte Freiherr v. Kerkering-Borg in Rinkerode, der Reichstagsabgeordnete Herzog v. Arenberg in Nordkirchen.

Man darf es wohl als selbstverständlich ansehen, daß die maßgebenden Parteiinstanzen schleunigst auf die feudalen Herren einwirken, damit sie ihre Zinsbogen erst nach dem 1. August erheben. Die Presse des Steuerblocks hat nach einem Schandpfahl geschrien, der errichtet werden müsse, und es wäre doch jammerschade, wenn auch solch feudale, hochedle Namen an diesen Schandpfahl angenagelt werden müßten.

Christlicher Schwindel.

Das Organ des Abg. Behrens, „Die Arbeit", bringt eine kurze Notiz unter der Spitzmarke: Sozialdemokratische „Volks"-vertreter, die auf keinen Fall unwidersprochen bleiben darf, schon um deswillen nicht, weil sie auch von der „Germania" übernommen wurde und nunmehr die Runde durch die gesamte reaktionäre Presse machen wird. In der fraglichen Notiz heißt es:

„Wie die sozialdemokratischen Abgeordneten bei der Abstimmung über die neuesten Steuergesetze die Interessen des „Volkes" vertreten haben, ergibt sich aus der Tatsache, daß sie stimmten:

1. gegen die Steuer auf Wertpapiere,
2. gegen die Zollerhöhung auf ausländischen Champagner,
3. gegen die Steuererhöhung auf inländischen Champagner,
4. gegen die Zuwendung von 4 Millionen Mark an arbeitslos werdende Tabakarbeiter."

Sollte diese Notiz den Abg. Behrens zum Verfasser haben, so hat er zu Ziffer 4 bewußt die Unwahrheit geschrieben. Ist er nicht der Verfasser, so hat er wissentlich die Unwahrheit verbreitet, denn er ist auf der in Frage kommenden Nummer 30 des Blattes „Die Arbeit" als verantwortlicher Redakteur bezeichnet.

Doch zur Sache: Die sozialdemokratische Fraktion hatte zum Gesetz betr. die Tabaksteuer einen Antrag eingebracht, nach welchem aus dem Ertrag dieser Steuer an Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen eine Entschädigung in Höhe des gehabten Arbeitslohnes zu zahlen ist, wenn sie infolge der höheren Besteuerung des Tabaks brotlos geworden sind. Kaum war dieser Antrag verteilt, als auch schon ein Antrag Giesberts kam, der auch eine Entschädigung verlangte, aber bloß bis höchstens zu drei Viertel des Lohnes. Der sozialdemokratische Antrag wurde abgelehnt, und dann stimmten die Sozialdemokraten für den Antrag Giesberts, der angenommen wurde. In der 3. Lesung hatte Herr Giesberts seinen Antrag wieder abgeändert und zwar durch eine erhebliche Verschlechterung. Er stellte nämlich den Antrag, daß zum Zwecke der Unterstützung für arbeitslos gewordene Tabakarbeiter ein Betrag von 4 Millionen Mark eingesetzt werden solle.

Gegen diese Verschlechterung wandte sich zunächst unser Genosse Frank. Der Abg. Potthoff (freis.) sagte nach dem stenographischen Bericht:

„Der Kollege Molkenbuhr hat gesagt, daß die Sachverständigen der Regierung und der Mehrheit mit einem Rückgang von 12 Prozent der Zigarrenfabrikation rechnen. Eine Arbeitslosigkeit von 12 Prozent würde 20 000 Arbeiter treffen. Die könnten also pro Kopf, d. h. pro Familie, in den nächsten beiden Jahren 200 Mark bekommen, wenn wir 4 Millionen als Höchstgrenze ansetzen. (Hört, hört! links.) Daß mit einer solchen Summe nicht der tägliche Verdienstausfall in 2 Jahren bezahlt werden kann, liegt doch außer Zweifel. Vielleicht gehen von den 4 Millionen auch noch die Verwaltungskosten für die Verteilung ab, die vielleicht sehr hoch sind, so daß für die Arbeiter nur 3 Millionen bleiben. Wenn die Herren ehrlich sein wollen, sollen sie entweder die 4 Millionen streichen, oder sie sollen die Mindestsätze der Unterstützungen streichen, damit man draußen wirklich weiß, was sie eigentlich wollen. (Sehr richtig! links.)"

Der nationalliberale Abgeordnete Stresemann bemerkte zu dem Antrag:

„Daß, was die Herren inzwischen aus dem Antrag gemacht haben, erscheint uns nicht als eine Verbesserung, sondern als eine Verschlimmerung (Sehr richtig! links.) desjenigen, wofür wir damals eingetreten sind. Wir haben infolgedessen unsererseits einen Antrag gestellt, die Worte: „Bis zum Gesamtbetrage von 4 Millionen Mark" zu streichen. (Hört, hört! bei den Soz.) Wir tun das, weil wir der Meinung sind, daß es unmöglich ist, wenn man damit rechnet, daß Arbeiter durch ein Gesetz brotlos werden, dann die Summe zu limitieren, die als Entschädigung ausgesetzt werden soll. . . . Wir möchten jedenfalls der Regierung nach dieser Richtung hin nicht irgend welche Bindung auferlegen."

Der nationalliberale Antrag auf Streichung der Festlegung einer bestimmten Summe wurde abgelehnt, der sozialdemokratische Antrag, der den Tabakarbeitern die weitgehendste Entschädigung sichern wollte, ebenfalls. In beiden Fällen stimmte das Zentrum mit „Nein". Selbstverständlich haben dann die Sozialdemokraten gegen den Verschlechterungsantrag des Zentrums gestimmt. Es gehört in der Tat eine gußeiserne Stirne dazu, angesichts dieser Tatsachen die Behauptung aufzustellen, die Sozialdemokraten hätten gegen die Zuwerdung von vier Millionen Mark an arbeitslos werdende Tabakarbeiter gestimmt, um damit den Anschein zu erwecken, als hätten die Sozialdemokraten eine Unterstützung der Tabakarbeiter nicht gewünscht. Wenn es das Zentrum und insbesondere der Abg. Behrens ehrlich mit den Tabakarbeitern gemeint hätten, dann mußten sie für die sozialdemokratischen Anträge stimmen.

Auf derselben Höhe stehen die anderen Vorwürfe. Die Sozialdemokraten haben gegen die Champagnersteuer gestimmt, weil derartige Steuern zunächst einmal nichts einbringen, und weil sie in der Regel bloß vorgeschlagen werden, um den Massen damit Sand in die Augen zu streuen. So kann z. B. die beschlossene Zollerhöhung auf ausländischen Schaumwein nur in ganz minimalem Umfange durchgeführt werden, weil das Ausland dem Deutschen Reiche sofort mit Repressalien drohte. Es ist auch richtig, daß die Sozialdemokraten gegen die Talonsteuer gestimmt haben, und daß sie damit recht getan haben, dafür wollen wir als Zeugen ein Blatt zitieren, das jedenfalls nicht in den Verdacht geraten kann, etwa mit der Sozialdemokratie zu sympathisieren — es ist das die „Deutsche Mittelstandszeitung". Das Blatt schreibt zu der Talonsteuer, daß sie vorzugsweise vom Mittelstand getragen werden muß und fährt dann fort:

„Denn nicht die Besitzer dieser Effekten werden diese Steuer tragen, sondern diejenigen werden davon getroffen werden, welche Geld suchen. Die Geldverleiher im großen, besonders die Hypothekenbanken, werden den Zinsfuß oder die Abschlußprovisionen einfach erhöhen, eine Maßnahme, welche den Handwerker, den Kleinkaufmann, den kleinen Landwirt usw. belastet. Die Talonsteuer wird sich also beim Mittelstand und bei den kleinen Leuten auf dem Lande sehr unangenehm fühlbar machen."

Bekannt ist, daß in den letzten Tagen eine ganze Reihe von Städten sich dahin entschieden haben, diese Talonsteuer selber zu tragen, und soeben erhalten wir die Mitteilung, daß auch die Stadt Karlsruhe diesem Beispiele gefolgt ist. Dort beträgt die Mehrausgabe jährlich 38 000 Mark, und diese Mehrausgabe wird gedeckt durch eine Erhöhung der Kommunalsteuern. Auf diese Weise wird auch die große Masse der Leute genötigt zur Talonsteuer mit beizutragen, die überhaupt nicht im Besitz von Wertpapieren sind. Die reaktionären Parteien müssen wirklich in töblicher Verlegenheit sein, wenn sie, um ihr niederträchtiges, volksverräterisches Handeln zu beschönigen, zu der Art sinn- und haltlosen Angriffen gegen die Sozialdemokratie greifen müssen.

Die kretische Frage.

Athen, 28. Juli. Die kretische Frage ist nach hiesiger Auffassung durch die Räumung der Insel in ihr vorletztes Stadium getreten und durch die Hissung der griechischen Flagge auf öffentlichen Gebäuden um einen Schritt vorwärts gekommen. Infolge der freundschaftlichen Versicherungen der griechischen Regierung hat die Spannung mit der Türkei nachgelassen. Die Regierung verbot strengstens die Waffenausfuhr und das Ueberschreiten der türkischen Grenze. Für Oktober ist die Einberufung der letzten zehn Jahrgänge der zurückgestellten 23 000 Mann ins Auge gefaßt worden.

Canea, 28. Juli. Die griechische Kriegsflagge, die gestern gehißt wurde, ist mit einer anderen ihr ähnlichen vertauscht worden.

Saloniki, 28. Juli. In Debred in Albanien versammelten sich 315 Abgeordnete und Vertreter der fünf Wilajets Saloniki, Monastir, Kossowo, Skutari und Janina und schwuren, auf keinen Zoll Boden von Kreta zu verzichten. Kreta gehöre den Albanesen. Die griechischen Offiziere und Beamten müßten die Insel verlassen und der ottomanischen Regierung Platz machen. Sie seien bereit, Gut und Blut dafür zu opfern und wiesen jedes Arrangement mit den Schutzmächten zurück. Die Vorbereitungen für einen eventuellen Krieg mit Griechenland werden fortgesetzt.

Spanien.

Die Kämpfe in Marokko. **Paris**, 28. Juli. Dem „Matin" wird aus Oran gemeldet, daß sich nach dort eingelaufenen, aus sicherer Quelle stammenden Nachrichten die Lage der Spanier in und bei Melilla in keiner Weise zu ihrem Vorteil verändert habe. Die europäische Bevölkerung schwebe in fortwährender Angst vor Ueberfällen der Mauren und abends verlassen die meisten Ansiedler die Bonnmeile, um sich hinter den Wällen der Stadt in Sicherheit zu bringen. Die französische Gesellschaft der nordafrikanischen Gruben tue, was in ihren Kräften stehe, um die Spanier zu unterstützen. Sie hat ihre sämtlichen Angestellten bewaffnet.

Madrid, 28. Juli. In dem gestern früh begonnenen Kampf zwischen der Brigade des Generals Pintos und den Mauren sollen die Marokkaner 1000 Mann verloren haben. Die spanischen Verluste werden nicht angegeben, es ist aber aus allen Meldungen zu ersehen, daß sie sehr bedeutend waren.

Madrid, 28. Juli. Der Minister des Innern gibt bekannt, daß bei Melilla ein außerordentlich blutiger Kampf stattgefunden habe. Die Verluste der Spanier, die ihre Stellung behaupteten, seien sehr bedeutend, jedoch zahlenmäßig noch nicht bekannt.

Paris, 29. Juli. Privatmeldungen über die Situation in Melilla lauten sehr ungünstig. Außer dem General Pintos sollen mehrere Offiziere gefallen sein. Bei den Kabylen sollen mehrere Mauser- und Remington-Gewehre neuesten Systems aufgefunden worden sein.

Innere Unruhen.

Barzelona, 28. Juli. Der Zug, der gestern morgen um 6 Uhr Barzelona verlassen hat, ist in Pont Bon um 10 Uhr abends eingetroffen, begleitet von 25 Soldaten. Der Zug wurde im Bahnhofe von Figueras von der Volksmenge angegriffen. Die Soldaten feuerten gegen die Kundgeber und verletzten zwei Personen. Aus dem Innern treffen keine Züge ein, da die Verbindungen zwischen Gerona und Barzelona abgeschnitten sind.

Madrid, 28. Juli. In Barzelona mußte das Militär mehrfach gegen die Aufrührer mit der Waffe einschreiten und es gab auf beiden Seiten zahlreiche Verwundete. Die beiden Anarchisten Herreros und Cardenal wurden mit vielen Parteigängern verhaftet. Die aus Frankreich kommenden Reisenden werden in Perpignan von den französischen Behörden avisiert, daß die Bahnlinie jenseits der Grenze unterbrochen und die Sicherheit in keiner Weise gewährleistet sei.

Cerbert, 28. Juli. Die Lage in Barzelona ist außerordentlich ernst. Die öffentlichen Gebäude sind von Truppen besetzt. Verstärkungen sind aus Valencia, Saragossa, Campelino unterwegs. Im Volkshause verteidigten sich die Arbeiter eine ganze Stunde lang mit großer Hartnäckigkeit gegen Polizei und Bürgerwehr. Es gab auf beiden Seiten Verwundete.

Madrid, 28. Juli. Der König unterzeichnete heute ein Dekret, durch das die konstitutionellen Garantien für ganz Spanien aufgehoben werden.

Hendaye, 28. Juli. Aus Madrid wird gemeldet: Die strenge Zensur isoliert Madrid und das übrige Spanien. Da genaue Nachrichten aus Melilla fehlen, wächst die große Aufregung. Seit 24 Stunden hat man auch keine Nachrichten aus Barcelona. Die Blätter berücksichtigen die Weisungen des Ministeriums des Innern, aber alle, selbst die gemäßigten kritisieren die überaus scharfen Maßnahmen gegen die liberale Presse. „Correspondencia", „El Pais", „Abc", „Diario universal" protestieren scharf gegen ein Vorgehen, das der Verfassung widerspreche. Die „Correspondencia" wurde gestern beschlagnahmt, „El Pais" bisher jeden Tag.

Madrid, 28. Juli. Von amtlicher Seite wurde heute nachmittag zur Lage in Barcelona erklärt, daß nach den mittags eingegangenen Nachrichten das Feuer, und, wie man hier glaubt, auch mit Artillerie, gegen die Barrikaden eröffnet worden ist. Oeffentliche Anschläge in Barcelona fordern die friedlichen Einwohner auf, sich in ihren Häusern aufzuhalten, um der Möglichkeit, durch Schüsse verwundet zu werden, aus dem Wege zu gehen.

Hendaye, 28. Juli. Die Sozialisten von Bilbao haben für den 31. d. M. den Generalausstand verfügt, da der Gemeinderat es ablehnt, die für den 31. d. M. zu Ehren des heiligen Ignatz von Loyola angesagten Festlichkeiten rückgängig zu machen. Die Behörden trafen umfassende Vorsichtsmaßregeln zur Aufrechterhaltung der Ordnung.

Madrid, 28. Juli. In dem Industrieort Rioja ist der Generalstreik ausgebrochen; auch in dem Städtchen Alcoy ist der Streik ausgebrochen. Das Polizeiaufgebot feuerte hier auf die Streikenden, welche die Telegraphenleitungen zerschnitten. Es gab Tote und Verwundete.

Rußland.

R.K. **Der bevorstehende Entscheidungsprozeß in der Herzenstein-Affäre.** Aus **Petersburg** wird uns vom 25. Juli geschrieben:

Am 27. Juli soll im finnischen Neste Kivenenpe die entscheidende Gerichtsverhandlung in Sachen der Ermordung Herzensteins stattfinden. Endlich wird auch der Häuptling der echtrussischen Kampftruppe, Justewitsch-Kraskowski, der bei dem Attentat auf Herzenstein und den sonstigen Mordanschlägen der schwarzen Banden organisatorisch die leitende Rolle gespielt hat, als Gefangener zum ersten Male vor Gericht erscheinen und über sein Treiben, sowie über das Treiben des Verbandes des russischen Volkes, in dessen Rat er lange als maßgebendes Mitglied gesessen hat, Rechenschaft ablegen. Darum werden seine Aussagen mit größter Spannung erwartet, obschon es ziemlich sicher ist, daß er durch Ausflüchte aller Art seine Unschuld beteuern wird. Was dieser unheimliche Mann aber sonst von den Machenschaften der Dubrowin und Konsorten weiß, dient noch immer sowohl für ihn als für seine Geliebte Werbitzkaja, die gleichfalls in Haft sich befindet, als unerschöpfliche Quelle äußerst einträglicher Erpressungen; seit Jahren braucht er nur zu erklären, daß er vor dem Gericht die volle Wahrheit zum besten geben werde, um immer von neuem Tausende aus der echtrussischen Kasse herauszulocken.

Aus zweifachen Gründen wird er sich also aufs Leugnen verlegen, aber schwerlich dürfte es ihm gelingen, dem Arm der Gerechtigkeit zu entgehen, da die übereinstimmenden Bekundungen mehrerer seiner ehemaligen Mitkämpfer den wirklichen Sachverhalt in allen Einzelheiten enthüllen und die gegen Juskewitsch-Kraskowski gerichtete Anklage mit unwiderleglichen Angaben belegen. Darüber herrscht in den Kreisen der Verbändler eine begreifliche Unruhe, zumal da ihre Sonne überhaupt stark im Sinken ist. Nur so konnte es wohl auch geschehen, daß die von ihnen mit solchem Eifer betriebenen Vertuschungsversuche bislang erfolglos geblieben sind. Vergebens hatte selbst die „Nowoje Wremja" für die befreundeten Scharen der in eine heikle Lage geratenen „Patrioten" eine Lanze gebrochen und gegen die Gerichtsbarkeit Finnlands, sowie speziell gegen die dortige Strafprozeßordnung eine unflätige Kampagne eröffnet. Ja, sie hatte gleichsam eine hochoffiziöse Mitteilung gebracht, daß der Petersburger Untersuchungsrichter keinen Grund gefunden hätte, um die Verbandsführer in Anklagezustand zu versetzen, aber sie mußte es sich gefallen lassen, daß die ministerielle „Rossia" erklärte, die „Nowoje Wremja" habe ihre Notiz nicht auf Grund offizieller Tatsachen veröffentlicht.

Offenbar herrscht oben noch keine bestimmte Marschroute für das Verhalten der Regierung in der blamablen Angelegenheit. Sonst wäre ja schon längst der sehnlichste Wunsch des Schwarzen Hunderts, daß die Sache dem finnischen Gericht entzogen werde, Wirklichkeit geworden. Und im Einklang damit steht die beschlossene Auslieferung Juskewitsch' an die finnischen Behörden. Ständen die Chancen der Verbändler nur etwas besser, so würde ihr Führer Dubrowin nicht gerade in diesem Augenblick fluchtartig zur Erholung nach der so entfernten Krim eilen, während über die wirklichen Motive seiner Erholungsreise bei niemand der geringste Zweifel obwaltet. Das finnische Gericht mit seiner konsequenten Zergliederung und gründlichen Erforschung aller Details jagt wie ein unabwendbares Verhängnis der ganzen Sippschaft um Dubrowin einen heillosen Schrecken ein, da sie hier zum ersten Male sich außerstande sehen, hinter den Kulissen zu arbeiten und durch Intrigen die Wahrheit zu verwischen. Noch fehlt allerdings der tatsächliche Mörder Herzensteins, jener Laritschkin, der den Schuß abgegeben hat, und es heißt sogar, daß der Verband die Nachricht von seinem Tode ausgesprengt habe, um dem Fahnden nach dieser besonders verräterischen Spur ein Ende zu machen. Allein schon bis jetzt hat das finnische Gericht eine solche Menge den Verband kompromittierender Tatsachen ans Licht gebracht, daß nur eine gewaltsame Einmischung von außen ihn noch „retten" könnte. Vor den Augen aller anständigen Menschen aber, bis weit in die konservativsten Kreise hinein, ist der Verband für jeden Fall schon gerichtet.

ac. **Harting-Landesen demaskiert sich!** Seine Exzellenz der Herr Spitzelgeneral haben die Güte gehabt, sich von einem Reporter des Petersburger Kadettenblattes „Rjetsch" interviewen zu lassen. Daß er unter dem Namen „Landesen" Mitglied der terroristischen Organisation war, leugnet er jetzt nicht mehr. Als dann seine „unreifen politischen Ansichten sich änderten", trat er — wie er sagt — in den Dienst der Pariser russischen Botschaft und brachte es bald bis zum Chef der russischen Auslands-Polizei. Daß er sich auch als Provokateur betätigt habe, leugnet der biedere Herr einstweilen noch. Sein Gehilfe Ponomaref, von dem er in Berlin bei der Ueberwachung der russischen Revolutionäre eifrig unterstützt wurde, tritt jetzt in den Dienst der russischen Geheimpolizei zurück. — Von seinem zweiten Helfershelfer, dem sauberen Azeff, sagt Harting: er sei der russischen Regierung treu ergeben! Augenblicklich weile auch er (Azeff) in Rußland und — „arbeite"!

Ueber sich selber machte der Spitzelgeneral folgende Mitteilung: Er sei mit einem Jahresgehalt von 10 000 Mark pensioniert und werde die Muße, in der er jetzt leben könne, dazu verwenden, alle gegen ihn geschleuderten Anschuldigungen zu widerlegen. . . .

Auf diese „Memoiren" darf man in der Tat gespannt sein.

Uebrigens scheint sich der General einstweilen noch in Petersburg ziemlich sicher zu fühlen. Ein Journalist begegnete ihm in einem Garten nahe der englischen Gesandtschaft. Ein anderer Journalist namens Semeroff glaubte jenen in einem Manne wiederzuerkennen, den er in einem der nobelsten Restaurants der Stadt sitzen sah. Er machte seinen Freunden davon Mitteilung mit dem Effekt, daß die Polizei ihn verhaftete, und erst nach einigen Tagen wieder freiließ! In der Zwischenzeit hat der „General" vermutlich seine Spuren verwischt.

Japan.

ac. **Korruption.** Japan, das nach dem Siege über Rußland immer tiefer und tiefer in die Schlammfluten des Kapitalismus hinuntergetaucht ist, verfällt allmählich in dieselbe Korruption, die Rußland an den Rand des Verderbens gebracht hat. Kein Tag vergeht, ohne daß aus Japan Nachrichten über Papiergeld-Fälschungen, Gaunereien großen Stils und dergleichen eintreffen.

Erst kürzlich wurde eine Anzahl Mitglieder des japanischen Parlaments zu Freiheitsstrafen verurteilt, weil sie sich von einer großen Aktiengesellschaft hatten kaufen und bestimmen lassen, deren Produkte zu begünstigen. Jetzt wird eine Serie neuer Lumpereien bekannt. Die ärgste ist, daß unsaubere Hände sich sogar an den Geldern vergriffen haben, die für die Witwen und Waisen der im Kriege mit Rußland gefallenen japanischen Soldaten bestimmt waren! Während des Feldzuges hatte sich eine „Patriotische Damengesellschaft zur Pflege der Verwundeten" gebildet. Dieser Vereinigung gehören zurzeit gegen 700 000 Mitglieder an, die etwa 400 000 Yen (800 000 Mark) Jahresbeitrag zahlen. Nun stellt sich heraus, daß von den Beamten der Organisation große Summen verliebert und verspekuliert worden sind.

In Osaka wurde ein Riesenschwindel aufgedeckt: Die Zuckerfabrikanten dort haben beträchtliche Mengen geriebene Kartoffel unter den Zucker gemischt und sich durch Bestechung der Beamten von der Zahlung des Zolls befreit! Bisher sind 14 Zollbeamte verhaftet!

In Tokio, der Hauptstadt Japans, sind 9 Polizisten gefaßt worden, die mit den Taschendieben gemeinsame Sache machten.

Ein Parlamentsmitglied wurde wegen eines groben Vertrauensbruches, durch den es einer Bank Schaden zufügte, mit einem Jahr Gefängnis bestraft. Die gleiche Strafe erhielt der frühere Präsident des obersten Gerichtshofes zu Formosa, weil er sich — als Leiter eben jener großen Bank — große Unterschlagungen zuschulden kommen ließ. Die Rache Rußlands an Japan ist furchtbar: russische Korruption zerfrißt den japanischen Staatskörper langsam, aber sicher . . .

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

* Bielefeld, 29. Juli.

d. — **Kaufmannsgericht.** **Spruchsitzung** vom 27. Juli. Der Reisende L. klagt gegen die Porto-Kontrollkassen-Fabrik G. m. b. H. wegen Nichterfüllung des Vertrages auf Zahlung einer Entschädigung in Höhe von 1050 Mark, darunter befinden sich 50 Mk. für Reisekosten. Kläger behauptet, daß ein mündlicher Vertrag bestände, wonach er die Vertretung der Beklagten zwischen Köln und Frankfurt a. M. rechts- und linksrheinisch übernehmen sollte. Seine Einstellung sei aber immer hinausgeschoben worden, bis man ihn zuletzt an einen Generalvertreter verwiesen habe, der angeblich die ganze Produktion vertreibe. Die Beklagte bestreitet das Bestehen des vom Kläger behaupteten Vertrages. Es seien das nur Besprechungen gewesen, die eventuell zum Vertragsschluß hätten führen sollen. Da von beiden Parteien eine Anzahl Beweisanträge gestellt werden, wird die weitere Verhandlung bis nach Vernehmung der Zeugen vertagt. — Der Reisende K. klagt gegen den Kaufmann Robert Helsper auf Zahlung rückständiger Provision im Betrage von 139,24 Mk. Der Beklagte erkennt eine Forderung in Höhe von 79,10 Mk. an, aber auch diesen Betrag will er nicht zahlen, weil er eine Gegenforderung habe. Die Differenz zwischen der Forderung des Klägers und dem Anerkenntnis des Beklagten ist dadurch entstanden, daß der Beklagte für schriftlich eingegangene Bestellungen, die aber durch den Besuch des Klägers bei den betreffenden Kunden veranlaßt sind, keine Provision zahlen will. Es soll vereinbart sein, daß Kläger nur für die direkt von ihm mitgebrachten Aufträge Provision erhielte. Der Beklagte wird verurteilt, seinem Anerkenntnis gemäß 79,10 Mk. an den Kläger zu zahlen, Kläger zieht im übrigen die Klage zurück. Herr Helsper, der gern gegen den Lohn aufrechnen wollte, drohte ganz wutschnaubend mit Berufung, er wird inzwischen erfahren haben, daß das Urteil endgiltig ist. Gegen die Urteile der Kaufmannsgerichte ist Berufung nur zulässig, wenn die Klagesumme 300 Mk. übersteigt. — Der Provisionsreisende C. klagt gegen die Firma Hermann Schlake auf Zahlung fälliger Provision. Kläger behauptet, daß der schriftlich abgeschlossene Vertrag durch mündliche Vereinbarung außer Kraft gesetzt sei und er Anspruch auf höhere Provisionssätze habe. Der Beklagte bestreitet diese Angaben und führt durch Zeugen den Beweis für die Richtigkeit seiner Behauptungen. Der Kläger nimmt hierauf die Klage zurück. — Der Reisende Th. klagt gegen den Fahrradhändler Busse auf Zahlung der ihm noch zustehenden Provision. In längerer Verhandlung wird festgestellt, daß der Kläger fällige Provisionen zurzeit nicht zu fordern hat und daß manche der zwischen den Parteien aufgekommenen Differenzpunkte nicht vor das Kaufmannsgericht gehören. Denn Kläger war zwar als Provisionsreisender für die Beklagte tätig, er hat aber auch Waren auf eigene Rechnung bezogen und dieselben weiter vertrieben. Kläger zieht seine Klage zurück, da es ihm nach seiner Angabe in erster Linie darauf angekommen ist, zu wissen, wie er mit dem Beklagten stände, da dieser eine Abrechnung verweigere. — Der Expedient H. klagt gegen den

Kaufmann K. auf Zahlung von 600 Mk., als Gehaltsentschädigung für die Monate April bis Juni 1909. Die Geltendmachung eines weiteren Anspruches für die Monate Juli—Dezember behält sich der Kläger vor. Der Kläger gab das Blättchen „Bielefelder Wochenrundschau" heraus, für welches der Beklagte nach seinen Behauptungen 3000 Mk. hergegeben hat. Nun behauptet der Kläger, daß anfangs April dieses Jahres zwischen ihm und dem Beklagten ein Vertrag abgeschlossen sei, wonach dem Beklagten mit Wirkung vom 1. April ab das alleinige Verlagsrecht übertragen worden sei, und Kläger von diesem Zeitpunkte an Geschäftsführer mit einem vorläufigen Monatsgehalte von 200 Mk. sein sollte. Der Beklagte bestreitet das Zustandekommen des Vertrages, es sei bei dem Entwurf eines solchen Vertrages geblieben, den nur der Kläger, nicht aber auch er (der Beklagte) unterschrieben habe. Kläger behauptet demgegenüber immer wieder, der Vertrag sei abgeschlossen worden und der Beklagte im Besitz des Originals. Die vom Kläger geladenen Zeugen sagen alle übereinstimmend aus, daß sie nur den Entwurf, nicht aber einen von beiden Parteien unterschriebenen Vertrag gesehen haben. Die vom Vorsitzenden eingeleiteten Vergleichsverhandlungen scheitern. Der Kläger fordert anfänglich 1500 Mk., geht aber auf 1000 Mk. herunter, während der Beklagte nur 750 Mk. geben will. Mit der Hergabe dieser Summe soll aber die ganze Angelegenheit erledigt sein. Es schwebt nämlich gegen den Beklagten noch ein Schadenersatzprozeß am Landgericht über 6000 Mk., ferner sind, teilweise gegen die Zeugen, Betrugs- und Unterschlagungsanzeigen erstattet, Beleidigungsprozesse in Szene gesetzt usw. Schließlich wird die Verhandlung um 14 Tage vertagt, um den Parteien Zeit zu außergerichtlichen Vergleichsverhandlungen zu lassen. Wir sind durch die Verhandlung zu der Ansicht gelangt, daß der Beklagte nicht nur stiller Teilhaber, d. h. Geldgeber, wie er immer behauptete, sondern wirklicher Teilhaber des Unternehmens war, denn für einen stillen Teilhaber ist er bei Abschluß der einzelnen Geschäfte viel zu viel in den Vordergrund getreten und selbständig vorgegangen. Auch für den Kläger steht die Sache, soweit er behauptet, Geschäftsführer gewesen zu sein, nicht günstig. Er kann das Bestehen eines solchen Vertrages nicht beweisen. Das einzige Mittel, das ihm noch bleibt, ist, vom Beklagten den Editionseid zu verlangen, d. h. der Beklagte muß schwören, daß er den behaupteten schriftlichen Vertrag weder im Besitze hat, noch beiseite gebracht hat.

— **Bielefelder Sommertheater.** Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: Heute, Donnerstag, findet die erste Aufführung des altbeliebten Volkstückes mit Gesang „Mein Leopold" von Adolf L'Arronge statt. Freitag geht zum 3. Male das 12 Jahre lang verboten gewesene soziale Drama „Ausgewiesen" von C. Böttcher, das bei den vorherigen Aufführungen kolossalen Beifall errang, in Szene. Sonnabend: „Muttersegen". In Vorbereitung: „Robert und Bertram".

— **Polizeibericht.** Müllgefäße. Die polizeilichen Bestimmungen über Müllgefäße usw. werden trotz mehrmaliger Bekanntgabe in vielen Fällen nicht beachtet. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß nur solche Behälter zulässig sind, welche den polizeilichen Anforderungen entsprechen, und zwar müssen sie aus Metall hergestellt, dicht gefugt, mit einem festschließenden Deckel und mit Handgriffen oder Bügeln versehen sein. Die Behälter sind nur soweit anzufüllen, daß der Deckel vollständig geschlossen werden kann. An den Gefäßen ist der Name des Besitzers anzubringen. Die Behälter müssen entweder unmittelbar an den Häusern oder in den Rinnsteinen so aufgestellt werden, daß der Verkehr nicht gehemmt wird; nach der Entleerung sind sie sofort von der Straße zu entfernen. Die Müllgefäße dürfen erst bei Annäherung des Kehrichtwagens auf die Straßen gestellt werden.

Festgenommen wurden 1 steckbrieflich Verfolgter und 2 Obdachlose; 15 obdachlose Wanderer wurden im Polizeigefängnis untergebracht.

Gefunden: 1 altes Herrenportemonnaie mit geringem Inhalt; 1 Ehering; 1 Stickhalter; 1 Brosche mit Monogramm; 1 rotbraunes Portemonnaie mit größerem Inhalt.

Zugelaufen: 1 gelber Pinscher.

Verloren: 1 goldenes Kettenarmband; 1 Granatbrosche; 1 dunkelbraunes Damenportemonnaie mit 21—22 Mk. Inhalt; 1 dreireihiges Korallenarmband mit großem vergoldetem Schloß.

Entlaufen: 1 frisch kopierter Dobermannpinscher.

Teppichklopfen. Es wird darauf hingewiesen, daß das Aushängen und Ausklopfen von Sachen nach öffentlichen Straßen, Plätzen und Promenaden hinaus, ebenso das Aufhängen und Trocknen der Wäsche, das Klopfen und Sonnen der Betten und ähnliche Arbeiten und Verrichtungen, wodurch die Passanten belästigt, beschmutzt oder beschädigt werden können, verboten sind.

Fahrraddiebstahl. Am 21. d. M. wurde in Hameln ein Fahrrad, Marke „Wanda", Nr. 373 076, entwendet. Sachdienliche Mitteilungen, welche zur Ermittelung des Täters führen können, nimmt die hiesige Kriminalabteilung entgegen.

kfg. — **Die Sünden beim Fleischverkauf.** Wie oft erhalten wir nicht in der warmen Jahreszeit Fleisch mit einem „Stich", selbst aus großen Geschäften, in deren Verkaufsräumen alles appetitlich und sauber aussieht; wo Marmor, Glas, Fliesen und Emailanstrich eine verschwenderische Anwendung von Wasser zu Reinigungszwecken erlauben. Das gekaufte Fleisch sieht vielleicht noch tadellos aus, aber die Schnitt- und Sägeflächen, überhaupt die Grenzgebiete verraten der kundigen Nase den Beginn von Zersetzung. Wenn man in Großstädten an Markttagen durch die Gegend der Zentralmarkthallen fährt, und in den dahin mündenden anderen Straßen Fleischerwagen halten sieht, auf denen ungeheure Mengen ganz frisch geschlachteter Tiere und Teile von solchen verladen werden, so erblickt man eine der ersten Stellen, an denen die Infektion beginnt; nämlich die Wagen und ihre Decke, die Tücher, mit denen das Fleisch bedeckt wird, die Kleidung und die Hände der Träger. Alles ist, wie Generalarzt Dr. Körting in den „Blättern für Volksgesundheitspflege" mit Recht hervorhebt, nicht so sauber, wie es die Gesundheitspflege fordern müßte. Oft stehen die Wagen dicht gedrängt recht lange, ehe sie abgefertigt werden. Staub, Fliegen, Sonnenschein, tun dann das weitere. Nun gelangt das Fleisch in die Keller der Stadtverkäufer, wo es auf Hackklötzen, mit Messern, Beilen, Sägen weiter verarbeitet wird, an Haken und an Wänden hängt, die sicher nicht besonders rein im hygienischen Sinne sind, vielmehr die Uebertragung neuer Verderbniskeime vermitteln. In die Lagerräume der Detailverkäufer dringt noch keine Gesundheitspolizei ein. Welcher Geruch in ihnen herrscht, kann man in der wärmeren Jahreszeit ausreichend genießen, wenn man vor einem Schaufenster steht unter dem sich die Kellerfenster eines benachbarten Fleischgeschäfts öffnen. Noch übler sind die Düfte, die den unterirdischen Lagerräumen vieler Wild- und Fischhändler entströmen. Dort lagern nach großen Jagden und bei oft noch recht heißer Witterung außerordentlich große Mengen von Wild, bei dem die Zersetzung durch Schußwunden, Knochenzertrümmerungen und Blutergüsse in den Geweben wie Körperhöhlen, häufig auch durch die nicht entfernten Eingeweide (Hasen, Federvieh), besonders gefördert wird. Das menschliche Geruchsorgan ist nicht annähernd so fein organisiert, wie das der meisten Säugetiere. aber es genügt, um zu erraten, was in solchen Lagerräumen vor sich geht. Das frischeste Fleisch wird dort sofort infiziert, natürlich zuerst an den bloßliegenden Stellen, Schnitt- und Sägeflächen.

Der „Ravensberger"

hat sich endlich nach fast 4 Wochen zu einer Erwiderung auf eine Abfertigung aufgerafft, die wir ihm am 1. Juli haben zuteil werden lassen. Aber er versucht nicht den Inhalt unseres damaligen Artikels zu widerlegen, er teilt seinen Lesern nur mit — aber lassen wir ihn nur selbst reden, es ist der Mühe schon wert, etwas Platz darauf zu verwenden, handelt es sich doch dabei direkt um ein Stück praktischer Sozialpolitik. Also der Artikel lautet:

Die rückständige „Volkswacht". Mit allen Zeitungen, die nicht mit der roten Partei liebäugeln steht die „Volkswacht" in Fehde. Vor allem ist es natürlich unser „Ravensberger" der von der „Volkswacht" bald täglich mit den gemeinsten Ausfällen bedacht wird. So bringt ein Satz in Nr. 150 dieses volksbildenden Blattes, die schönen Worte: „Diese Spottgeburt von Dreck und nicht von Feuer . . . . ." — Wenn das der Ravensberger sein soll, so wollen wir uns des Ausdrucks enthalten, der für die Volkswacht paßt, jedenfalls ist obiger für sie noch viel zu milde. — In Nr. 170 der Volkswacht regt sich wieder so ein kurzsichtiger Redakteur darüber auf ob der betr. Satz in unserer Druckerei hergestellt ist oder nicht. Der eine Satz soll in Platte bezogen sein (weil er durchaus formgerecht ist) und der andere ist natürlich gut genug hier hergestellt zu sein. Dieses kann nur ein Redakteur-Lehrling der Volkswacht geschrieben haben, der natürlich nicht satztechnische Fachkenntnis besitzen kann. Fragen möchten wir nur: Wie kann man eine Antwort auf eine Volkswachtanzapfung in Platte beziehen? Wenn der betr. Schreiber unsern Rat befolgt hätte und sich eine Brille verschreiben ließ, hätte er vielleicht (wenn er Ahnung von Schrifttegel und -Charakter hat) den Unterschied erkannt. Gute Besserung!

Es wäre zum Lachen, wenn es nicht eigentlich tieftraurig wäre, daß der Artikelschreiber unseren Ausdruck „Diese Spottgeburt von Dreck und nicht von Feuer" mit der Bezeichnung „diese schönen Worte" belegt. Der gute Mann weiß also nicht einmal, daß er hier ein Zitat aus dem Faust vor sich hat. Aber er scheint auch gar nicht begriffen zu haben, daß das Goethesche Zitat in seinem ersten Teil direkt auf das Aussehen des „Ravensberger" angewendet wird, und nur dessen Abänderung, daß die Spottgeburt nicht von Feuer ist, auf seinen Inhalt geht. Was nun das Aussehen anlangt, nimmt ja der Artikelschreiber den Mund gehörig voll, und wir wollen deswegen hier endlich einmal eine gründliche Abrechnung betreffs der Herstellungsweise des „Ravensberger" in der Druckerei des Herrn Titgemeyer, die ja geradezu ein Skandal ist, vornehmen. Wir haben die Artikel in Nr. 152 und 156, um die es sich in der Antwort des „Ravensberger" handelt, und sonstige Nummern des Weltblattes einem Sachverständigen zur Begutachtung übergeben und lassen dessen Gutachten hier folgen:

In Ihrer Sonnabend-Polemik gegen den „Ravensberger" ist Ihnen tatsächlich ein Irrtum unterlaufen, der allerdings bei oberflächlicher Prüfung wohl entstehen konnte. Der „Ravensberger" bezieht unzweifelhaft für die meisten politischen Artikel fertigen Satz. Der bezogene Maschinensatz ist aus einer modernen Borgis gesetzt und nur die Zitate sind meistens aus einer gewöhnlichen Petit, der die des „Ravensberger" ähnlich ist, gesetzt. Während nun die erste Notiz (die aus Nr. 156) aus Garmond gesetzt und gegen alle typographischen Regeln ausgeschlossen ist, ist die zweite Notiz (die aus Nr. 152) aus Petit gesetzt, etwas besser ausgeschlossen und hat dadurch ein angenehmeres Aussehen; aber in der letzten Notiz sind Trennungen vorhanden, die allen typographischen Regeln Hohn sprechen. Zweimal ist das Wörtchen „ei-ne" getrennt worden. Sobald man dies sieht, sagt sich jeder Buchdrucker: „Dies kann nur in einer solchen Buchdruckerei wie der des Herrn Titgemeyer hergestellt sein." Denn solche Fehler ließe kein Korrektor einer anständigen Druckerei stehen. Wenn ich mir hierauf den ganzen „Ravensberger" ansehe, muß ich sagen, daß mir ein solches klägliches Machwerk noch nicht unter die Finger gekommen ist und ich kann deshalb nur Ihrem Urteil über dies Machwerk zustimmen. Zu bedauern sind aber die armen jungen Leute, die der Herr Titgemeyer zur Ausbeutung, pardon, Ausbildung in die Lehre nimmt; denn es scheint in dem „Kunsttempel" nicht ein einziger, einschließlich des Besitzers, zu sein, der von dem Buchdruckerberuf soviel Ahnung hat, daß er imstande wäre, den zur Ausbildung übernommenen jungen Leuten genügend beizubringen, daß sie nach beendeter Lehre fähig wären, in einer anderen Buchdruckerei fertig zu werden. Die typographischen Fehler hier alle aufzuzählen, würde zu weit führen; es muß sich jeder, der sich dafür interessiert, einmal eine Nummer ansehen. Nachdem die „Volkswacht" den „Ravensberger" auf seine Tat aufmerksam gemacht hatte, hätte man doch annehmen sollen, daß jetzt eine Aenderung zum Besseren eingetreten wäre, aber weit gefehlt, es wird weiter so fortgewurstelt; ein Zeichen, daß vom Buchdruckerfach dort niemand etwas versteht. Also notwendig ist es, daß dem Herrn Titgemeyer das Halten von Lehrlingen im Interesse der jungen Leute selbst von der Behörde untersagt wird. Von uns Buchdruckern wird schon dafür gesorgt werden, daß diese Firma nicht lange mehr unser Tarifverzeichnis ziert; denn die Streichung ist schon seit einiger Zeit beim Tarifamt der Deutschen Buchdrucker beantragt worden und wird auch nicht mehr lange auf sich warten lassen.

* * *

Ist es nicht ein Skandal sondergleichen, daß das offizielle Blatt der christlich-sozialen Partei mit solcher Lehrlingsausbeutung hergestellt wird?

Nebenbei machen wir nur noch darauf aufmerksam, daß der in so schauderhaftem Satz hergestellte Artikel in Nr. 152 keine Antwort auf die „Volkswacht" darstellt, der Artikelschreiber ist also mit seinem großen und vollen Mund auf einen Holzweg geraten.

Wir sind gespannt auf die Antwort des Mittelständlers Titgemeyer.

Und nochmals der „Ravensberger".

Den „christlichen" Gewerkschaften, hauptsächlich dem Christlichen Tabakarbeiterverband, muß es augenblicklich sehr schlecht gehen; das beweisen die persönlichen Schimpfereien, die im „Ravensberger" vom Stapel gelassen werden. Wer schimpft, der ärgert sich. Auf Schimpfen zu antworten ist der Raum der „Volkswacht" zu kostbar, zudem in einer Zeit, wo soviel Stoff zur Bekämpfung der Arbeiterfeinde vom Schlage des „Ravensberger" vorhanden ist. Feststellen wollen wir, daß im „Ravensberger" auf unsere sachlichen Angriffe nicht eingegangen wird. Wir fragen deshalb den „Ravensberger" und verlangen Antwort:

1. Haben christlich-soziale Agitatoren, Dr. Burckhardt usw., hier in Westfalen nicht erklärt: „Die Wirtschaftliche Vereinigung sei gegen die Tabaksteuer?
2. Hat der „Ravensberger" nicht in der von uns genannten Nummer geschrieben: Wirtschaftliche Vereinigung gegen die Tabaksteuer? Hat Dr. Böhme hier nicht in Stift Quernheim im Auftrage der christlich-sozialen Partei gegen die Tabaksteuer gesprochen und im Reichstage dafür gestimmt? Ja sogar für die Banderolensteuer gestimmt?
3. Hat Dr. Burckhardt nicht bekannt gegeben: „Man solle erst mal abwarten. Dr. Böhme habe sich auch gegen die Tabaksteuer ausgesprochen"?
4. Gehört Röös nicht der Zentrumspartei an, welche mit einigen Ausnahmen geschlossen für die Tabaksteuer gestimmt hat?
5. Wäre die Tabaksteuer nicht gefallen, wenn die Wirtschaftliche Vereinigung dagegen gestimmt hätte?

Das sind die Punkte, worauf es ankommt. Darauf antwortet der „Ravensberger" aber nicht, denn die Antwort wäre das Eingeständnis, daß er immer geschwindelt hat.

Schämen sollte sich der christliche Schmierfink aber, jetzt fade Witze im „Ravensberger" zu machen über eine Sache, welche die Tabakarbeiter so schwer trifft und hier in Westfalen augenblicklich über 25 000 Menschen schwere Sorgen und bange Stunden bereitet. Aber der „christliche Eulenspiegel" mit seinen bekannten albernen Hanswurstereien kann die Tabakarbeiter nicht mehr betölpeln. Die Arbeiter aber, welche jetzt noch, nachdem ihnen vom Zentrum und der Wirtschaftlichen Vereinigung unter der Maske der Arbeiterfreundlichkeit gründlich das Fell über die Ohren gezogen worden ist, in den Zentrumsgewerkschaften ihr Heil zu finden suchen, bedauern wir.

Wilhelm II. hat das Wort geprägt: „Christlich-Sozial ist Unsinn." Man braucht nur den „Ravensberger" zu lesen, dann sieht man, wie recht er hatte!

Versammlungen.

Freitag, 30. Juli.

Herford. Soz. Verein. 4. Bezirk. Abends 9 Uhr bei Breder.
9. Bezirk. Abends 9 Uhr bei Sieker.
Lemgo. Soz. Verein. Abends 8 Uhr.
Brake (Lippe). Soz. Verein. Abends 9 Uhr bei Heimbacher.

Sonnabend.

Brackwede. Soz. Verein. Abends 8½ Uhr bei Schröder. Vortrag des Genossen Sachs-Bielefeld über „Die verschiedenen Unternehmungsformen und das Bankwesen".
Herford. Soz. Verein. 5. Bezirk. Abends 9 Uhr bei Freitag.
6. und 7. Bezirk. Abends 9 Uhr bei Lücking.
8. Bezirk. Abends 9 Uhr bei Fuhrmann.
Bünde. Gew.-Kartell. Abends 9 Uhr bei Nübel.
Eidinghausen. Soz. Verein. Abends 9 Uhr bei Küster.
Niederbecksen. Soz. Verein. Abends 9 Uhr bei Küster.
Salzuflen. Abonnenten der „Volkswacht". Abends 8½ Uhr bei Kaiser.

* **Gütersloh,** 29. Juli. Die nächste Rechtsauskunftsstunde findet am Sonntag, 8. August, vormittags von 9 bis 11½ Uhr, im Lokale des Herrn Klau, Berlinerstraße, statt.

* **Oetinghausen,** 28. Juli. Der Arbeiterturnverein „Eichenkranz" feiert am Sonntag, 1. August, im Lokale und dem dazu erbauten Zelte des Herrn Düsdieker sein 1. Stiftungsfeste, bestehend in Konzert, turnerischen Aufführungen, Reigenfahren, Gesangsvorträgen und Ball.

* **Minden,** 28. Juli. Lohnbewegung der Bauarbeiter. Die hiesigen Maurer und Bauhilfsarbeiter haben den Unternehmern folgende Lohnforderungen unterbreitet: für Maurer 50 Pfg., für Bauhilfsarbeiter 42 Pfg. pro Stunde. Bisher betrug der Lohn 45 bezw. 35 Pfg.

Vergiftungen. Hagen, 28. Juli. Die Mitglieder von vier Familien, die Konditorwaren gegessen hatten, sind unter Vergiftungserscheinungen erkrankt. Ein vierjähriges Kind ist bereits gestorben. Die Leiche und die noch vorhandenen Backwaren wurden beschlagnahmt.

Vermischtes.

Automobilunglück. Elberfeld, 28. Juli. Auf der Chaussee zwischen Elberfeld und Neviges fuhr heute morgen ein mit vier Personen besetztes Automobil in einer scharfen Kurve gegen einen Telegraphenmast und überschlug sich. Der Fabrikant Bruno Ehler aus Velbert und der Chauffeur waren sofort tot, der Wirtssohn Langes aus Velbert erlitt einen schweren Beinbruch, der Fabrikant Hasenklever kam mit leichten Verletzungen davon.

Von der Luftschiffahrt. Berlin, 28. Juli. Unter Führung des Majors Sperling stieg heute vormittag der Militärlenkballon „Groß 2" nach längerer Pause vom Tegeler Schießplatz aus zu einer Uebungsfahrt auf, die über das Zentrum Berlins hinweg nach dem Tempelhofer Felde führte. Dort machte das Luftschiff in einer Höhe von etwa 200 Meter mehrere gelungene Lenkmanöver und fuhr dann über das westliche Berlin nach dem Aufsteigeorte zurück. Dort manövrierte es fünfviertel Stunden lang, um die Einwirkung des Regens zu probieren. Die Höhen- und Seitensteuer funktionierten ausgezeichnet. Dann flog das Luftschiff nach Spandau und kehrte über Charlottenburg und die westlichen und nördlichen Vororte zurück. Die Landung erfolgte nach 3¼stündiger Fahrt. Der „Groß 2" hatte mit einem sieben Meter starken Winde zu kämpfen. Der Ballon ist in der Mitte um 8 Meter verlängert worden.

London, 28. Juli. Latham erklärte einem Redakteur des „Daily Expreß": Als ich bei Calais die Küste verließ, war alles in bester Ordnung. Der Regen belästigte mich zwar, aber der Wind war günstig. Ich stieg 60 Meter hoch und gewann sofort die Ueberzeugung, daß ich Dover erreichen werde. Der Sieg erschien mir daher sicher, mein Motor arbeitete regelmäßig. Ich hatte die Empfindung, schnell zu fliegen, unter mir passierten die Dampfer und ich konnte auf denselben Personen unterscheiden. Drei Meilen von der englischen Küste entfernt vernahm ich das Geräusch von Dampfpfeifen. Ich verstand, daß man mich erwartete, und die Volksmenge sich anschickte, mich zu empfangen. Ich befand mich nur noch 1½ Meilen vom Hafen, als die Rotationen meines Motors schneller erfolgten, um dann plötzlich aufzuhören. Dann trat die Tragödie ein, welche Sie kennen. In einer Höhe von nur noch 10 Metern vom Wasser stürzte ich wie ein angeschossener Vogel ab. Während des Sturzes war ich mit dem Kopf gegen ein Maschinenteil gestoßen, wobei mir meine Brille zertrümmert wurde. Ich dachte dann nur noch an meine Rettung. Sobald ich wieder hergestellt bin, werde ich einen neuen Versuch machen."

Abgestürzt. Dresden, 28. Juli. Ein Berliner Hochschüler namens Schmidt ist in der sächsischen Schweiz abgestürzt und wurde schwer verletzt ins Krankenhaus nach Wehlen gebracht.

Lustmord. Posen, 28. Juli. In der Nähe von Kobylin wurde die 65jährige Frau Smentek ermordet aufgefunden, und zwar ließen die Umstände auf einen Lustmord schließen. Es ist dies innerhalb weniger Tage bereits der vierte Lustmord, der sich in der Provinz Posen ereignete.

Letzte Nachrichten.

Dresden, 29. Juli. Das Landgericht verurteilte den Reichstagsabgeordneten Zimmermann wegen Beleidigung dreier Redakteure der eingegangenen „Deutschen Wacht" zu 300 Mk. Geldstrafe.

Friedrichshafen, 29. Juli. Ueber den gestrigen zweiten Probeflug des „Zeppelin 2" wird gemeldet: In der Gondel befanden sich Professor Hergesell, Hauptmann George, Graf Zeppelin und seine Chauffeure. Der Aufstieg erfolgte um ½6 Uhr und das Fahrzeug ging allmählich 500 bis 600 Meter hoch. Bei Schluß der Fahrt wurde die Uebernahme des Fahrzeuges durch die Regierung ohne weiteres ausgesprochen. Das Luftschiff wird in der Halle eine besondere Nachfüllung erhalten, so daß am Sonnabend früh die Fahrt nach Frankfurt am Main zur Ausstellung und von dort dann nach Köln angetreten werden kann.

Stettin, 29. Juli. Infolge des Vorwurfs über seinen liederlichen Lebenswandel machte der Arbeiter Bernhard Wert einen Mordversuch auf seine Ehefrau und unternahm darauf einen Selbstmordversuch, indem er sich die Kehle mit einem Rasiermesser durchschnitt.

Wien, 29. Juli. 140 Herzegowiner, die während des Konflikts zwischen Oesterreich und Serbien, Serbien-Montenegro sich als Freiwillige für Montenegro zur Verfügung gestellt hatten, sind gestern nach Cataro zurückgekehrt und haben sich den Bezirksbehörden gestellt. Sie sehen nunmehr ihrer Bestrafung entgegen.

Petersburg, 29. Juli. Noch immer dauern die Rettungsarbeiten an dem eingestürzten Salemannschen Hause an. Drei Fuhren Leichenteile der Umgekommenen wurden gesammelt und nach dem Friedhof gebracht. Gestern vernahm man noch die Verzweiflungsrufe eines im Keller verschütteten Schlossers, doch ist es unmöglich, ihm Hilfe zu bringen.

Jaffa, 28. Juli. Ein marokkanischer Araber erstach vor einigen Tagen auf offener Straße den Prior des armenischen Klosters und verletzte einen anderen Untertanen. Der Mörder wurde sofort verhaftet. Dies ist der zweite Straßenmord eines Marokkaners in der letzten Woche.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sachs, für den Inseratenteil: Wilhelm Böttcher, beide in Bielefeld.

Inventur-Vorverkauf!

Um uns unsere im September stattfindende Lageraufnahme zu erleichtern, und unser Lager bis dahin zum grössten Teil zu räumen, sowie auch für kommende Winterware Platz zu schaffen, haben wir uns entschlossen, einen grossen

noch nie dagewesenen Verkauf

zu veranstalten. Der Ausverkauf soll sich auf den ganzen Monat August erstrecken und werden wir in Anbetracht der vielen Artikel nur serienweise vorgehen können.

4094

Von heute ab kommen zum Verkauf:

Grosse Posten Handarbeiten.

Schöne gediegene Sachen.
Im Fenster Nr. 5 ausgestellt.

Die Preise hierfür sind 33⅓ Prozent unter Wert.

Grosser Posten Hemdentuche, gute 80 cm breite Ware **26** ₰ extrafein **35** ₰

Grosser Posten reinleinener Taschentücher Wert bis **60** ₰ jetzt **30** ₰

Grosser Posten Gardinen, Spachtelstoffe etc. **20** ₰ bis **90** ₰

Einen Posten Handtuchdrelle, prachtvolle Ware . . . . . Meter **25** und **35** ₰

Sämtliche Damenwäsche

Taghemden — Beinkleider — Nachtjacken — Normalwäsche

in Serien eingeteilt.

Wir bemerken ausdrücklich, dass wir zu diesem Verkaufe keine Extra-Reklameware gekauft haben, sondern dass es sich nur um erprobte Qualitäten handelt.

Serie I **1.20** Serie II **1.50** Serie III **1.85**

Ebenso sind sämtliche Frottiersachen mit ausgelegt.

Nach 3 Tagen folgt weiteres Angebot.

Am Jahnplatz. **Harms & Co.** Am Jahnplatz.

Sommertheater.
(Brinkhoffs Tonhalle.)
Heute 8½ Uhr. Zum 1. Male.
Mein Leopold.
Volksstück mit Gesang v. A. L'Arronge.
Freitag, 29. Juli, Anfang 8½ Uhr:
Zum 3. Male:
Sensationelle Novität!
= Ausgewiesen. =
Soziales Drama von C. Böttcher.
12 Jahre verboten gewesen.
Vom Kaiser persönlich freigegeben.
Sonnabend: **„Muttersegen".**

An **Hautkrankheiten, Pickel, Kopfausschlag, Flechten, offene Beine** Leidende erhalten Rat, wie sie schnell u. gründlich von ihren Leiden befreit werden. **Möller, Herforderstr.,** neben Stadtheiderschule. 3565

Geübte Einsatz-Näherinnen
werden gesucht. 4086*
L. & J. Hirschfeld,
Schulstraße 10.

Wilh. Busch Album.

1. Die fromme Helene.
2. Abenteuer eines Junggesellen.
3. Fipps, der Affe.
4. Herr und Frau Knopp.
5. Julchen.
6. Die Haarbeutel.
7. Bilder zur Jobiade.
8. Der Geburtstag oder Die Partikularisten.
9. Dideldum.
10. Plisch und Plum.
11. Balduin Bählamm.
12. Maler Klecksel.
13. Pater Filucius.

Preis: Nrn. 1—3 à **1.80** Mk., Nrn. 4—13 à **1.25** Mk.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung „Vollswacht".

Geschäfts-Karten
liefert in feinster Ausführung billigst
Buchdruckerei „Volkswacht".

Extrablatt des „Simplicissimus":
Der neue Kanzler.
Preis 15 Pfg.
Vorrätig in der **Buchhandlung „Vollswacht"**, Bielefeld.


Schutzmarke.

Offene Tür 1792
findet das Veilchen-Seifenpulver **„Goldperle"** überall, weil jedem Paket ein reizendes Geschenk beiliegt. Versäumen Sie nicht, sich hiervon zu überzeugen.
Fabrikant:
Carl Gentner, Göppingen.

Sozialdemokratischer Verein
für den Wahlkreis Bielefeld-Wiedenbrück. 4092

Ortsgruppe Brackwede. Sonnabend, den 31. Juli, abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn C. Schröder, Vortrag des Genossen Dr. Max Sachs über: **Die verschiedenen Unternehmungen und das Bankwesen.**

Die Mitglieder sind verpflichtet, in den Mitgliederversammlungen zu erscheinen. **Der Vorstand.**

Trauer-Briefe mit Couverts liefert Buchdruckerei „Volkswacht"

Dienstag abend 9½ Uhr entschlief sanft nach langem, mit großer Geduld ertragenen Leiden unsere innigstgeliebte Mutter, Großmutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin u. Tante, die

Ww. Johanne Köhler
geb. Temme

im 59. Lebensjahre. — Um stilles Beileid bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Freitag nachmittag 2½ Uhr vom Trauerhause, Friedrichstraße 5, aus statt. [4093

Nr. 174.

Ein

Ein neues Staatsg
das Vereinigte S
unter der Aegyde der
aber noch nie war das
diesmal. Die Zusamm
einem Gemeinwesen in
Die Bevölkerung war
förmig, keine Wirtschaf
arbeitete Staatsform,
partikularistischen Neig
Spielraum. Viel schwe
Bevölkerung in zwei
verschiedenen wirtschaft
außerdem feindlich geg
schweren Kämpfen und
und französischen Teil
Staat zusammenzuschwe
nur durch Gewährung
Provinzen half und ha
ist das kanadische Staa
die Verschmelzung der
gesondert sind, geht nu

In Südafrika ist da
in Südafrika ist die
ländern und den holl
denen die einen hauptsä
Handel, Finanz und I
auf dem Lande leben u
Außerdem standen sich
einem schrecklichen Kam
doch stehen die vier
Oranje und Natal, jetzt
Staate, und zwar auf
einer völligen Verschme
ger Existenz. Das ist
die nur durch die gebi
erklären ist. Die Oekon

Der Schlüssel diese
den Goldgruben von
deckt und zum Mittelp
sind, wurde Transvaal
lichen Lebens Südafri
einzelnen Industriezwei
Markt, und von dort
Richtungen Südafrikas
nien in eine fast völlige
vaal, das durch die Han
bald den andern seine
strafen konnte. Aehnli
stande, die andern K
herrschen. Ein Blick
dicht an der portugiesis
ausgezeichnete Verbind
besitzt, während die Eis
deren Häfen, nur insof
Güterverkehr von und
Will Transvaal seinen
bai befördern, so kann
rung der Frachten üb
erreichen, wodurch die
den Transitlinien vom
Tatsächlich wurde diese
mehrfach — sogar geg
ausgenützt, und diente
der Regierung des alt
Zuletzt hat Transvaal
bique geschlossen, wona
Waren zollfrei nach Tr
Frachten bezahlen, wofi
Werbung der eingebor
statten. Somit wurde
Territorialgebiet Tran

Diese durch die Ei
Transvaals ist es, wa
Vereinigung mit ihm i
einzige echt-englische Ko

Roman aus
von

24

Siftly knirschte seine
unwillkürlich nach der
gebunden, denn das G
durfte er nicht aufs Sp
„Habt keine Angst,"
„ich werde Euch eine
verlassen: vielleicht
Senorita," wandte er
Mädchen, das zitternd
„wenn Ihr denn so ent
unter so hohem Sch
rateurs ist, bitte, so ver
der Stelle die sechs Un
schuldet."
„Was sagt er?" fru
griff zu seiner Tochter
sie geschlagen hatte. W
und sich an ihn schmiege
Stimme:
„Vater, um Gottes
Bist du ihm Geld, bist
Der Spanier antwo
Rot seine Stirn färbte,
sagte: „Ihr sollt bezah
Wort, nur bis morgen
„Tut mir leid, Sen
ganzen Rede nur das W
„Spielschulden sollen ni
setzt finde, daß meine G
sehe ich auch nicht ein, w
brauche."
„Bitte, Sir, wollen
unterbrach hier Emil a
Ihr Geld erhalten.
Summe, und glaube, da
von Ihnen loszukommen
Siftly warf ihm ei
gleich darauf lachend:
gleich, von wem und aus
„Vater, dulde es n
bittend. „Der Fremde
die Wahrheit nicht, als
Der alte Spanier b
stolz und edel er sich son
mit ihm die Gier nach

Beilage zur Volkswacht.

Nr. 174. Bielefeld, Donnerstag, 29. Juli 1909. 20. Jahrg.

Ein neuer Staat.

Ein neues Staatsgebilde ist zurzeit im Entstehen begriffen das Vereinigte Südafrika. Schon zum drittenmal wird unter der Aegyde der britischen Flagge ein neuer Staat gebaut, aber noch nie war das Werk so interessant und lehrreich wie diesmal. Die Zusammenfassung der 6 australischen Kolonien zu einem Gemeinwesen im Jahre 1901 war eine leichte Aufgabe. Die Bevölkerung war der Rasse und den Traditionen nach einförmig, keine Wirtschaftsunterschiede teilten sie, und die ausgearbeitete Staatsform, nämlich eine Föderation, gewährte den partikularistischen Neigungen der besonderen Staaten genug Spielraum. Viel schwerer war die Aufgabe in Kanada, wo die Bevölkerung in zwei Rassen, mit verschiedenen Traditionen, verschiedenen wirtschaftlichen Interessen, gespalten war, die sich außerdem feindlich gegenüberstanden, dort war es nur nach schweren Kämpfen und Revolutionen gelungen, den englischen und französischen Teil der Bevölkerung in einen gemeinsamen Staat zusammenzuschweißen, wobei die zentrifugalen Tendenzen nur durch Gewährung einer weiten Autonomie für die einzelnen Provinzen halt und halt überwunden wurden. Aber noch jetzt ist das kanadische Staatsgebilde nicht vollkommen befestigt, und die Verschmelzung der beiden Elemente, die auch territorial abgesondert sind, geht nur sehr langsam vor sich.

In Südafrika ist das Problem ähnlich wie in Kanada. Auch in Südafrika ist die Bevölkerung aus zwei Rassen, den Engländern und den holländischen Buren, zusammengesetzt, von denen die einen hauptsächlich in der Stadt wohnen und mit Handel, Finanz und Industrie sich beschäftigen, und die andern auf dem Lande leben und Landwirtschaft und Viehzucht treiben. Außerdem standen sich die beiden noch vor sieben Jahren in einem schrecklichen Kampfe auf Leben und Tod gegenüber. Und doch stehen die vier dortigen Kolonien: Kapland, Transvaal, Oranje und Natal, jetzt am Vorabend der Vereinigung zu einem Staate, und zwar auf Grund nicht einer Föderation, sondern einer völligen Verschmelzung unter Aufgabe jeglicher selbständiger Existenz. Das ist eine ganz außerordentliche Erscheinung, die nur durch die gebieterische wirtschaftliche Notwendigkeit zu erklären ist. Die Oekonomie hat über alles gesiegt!

Der Schlüssel dieser südafrikanischen „Oekonomie" liegt in den Goldgruben von Transvaal. Seitdem diese Gruben entdeckt und zum Mittelpunkt einer riesigen Industrie geworden sind, wurde Transvaal das Zentrum des gesamten wirtschaftlichen Lebens Südafrikas. Alles, die Landwirtschaft wie die einzelnen Industriezweige, arbeitete für den transvaalischen Markt, und von dort aus strömten die Reichtümer nach allen Richtungen Südafrikas. Allmählich gerieten die andern Kolonien in eine fast völlige wirtschaftliche Abhängigkeit von Transvaal, das durch die Handhabung seines Zolltarifs bald den einen, bald den andern seiner Nachbarn bald begünstigen, bald bestrafen konnte. Aehnlich, und noch mehr, war Transvaal imstande, die andern Kolonien durch die Eisenbahnen zu beherrschen. Ein Blick auf die Landkarte zeigt, daß Transvaal dicht an der portugiesischen Kolonie Mosambique liegt und eine ausgezeichnete Verbindung mit der See über die Delagoabai besitzt, während die Eisenbahnen der übrigen Kolonien, wie auch deren Häfen, nur insofern eine Bedeutung besitzen, als sie zum Güterverkehr von und nach Transvaal benutzt werden können. Will Transvaal seinen überseeischen Handel über die Delagoabai befördern, so kann es sein Ziel durch die einfache Dirigierung der Frachten über die Pretoria-Lorenzo-Marques-Linie erreichen, wodurch die Eisenbahnen vom Kap oder Natal, samt den Transitlinien vom Oranje, zum Bankrott verurteilt werden. Tatsächlich wurde diese Möglichkeit in der Vergangenheit auch mehrfach — sogar gegen den damaligen Oranje-Freistaat — ausgenützt, und diente als Gegenstand ewigen Zankes zwischen der Regierung des alten Krüger und den andern Kolonien. Zuletzt hat Transvaal sogar ein festes Abkommen mit Mosambique geschlossen, wonach die über die Delagoabai beförderten Waren zollfrei nach Transvaal zugelassen werden und niedrigere Frachten bezahlen, wofür die portugiesischen Behörden die freie Werbung der eingeborenen Arbeiter für die Goldgruben gestatten. Somit wurde Lorenzo Marques tatsächlich in das Territorialgebiet Transvaals eingeschlossen.

Diese durch die Eisenbahnen ausgeübte ökonomische Macht Transvaals ist es, was die übrigen Kolonien zur staatlichen Vereinigung mit ihm in erster Linie zwang. Sogar Natal, die einzige echt-englische Kolonie, die an der Küste, unmittelbar an der Grenze Transvaals, gelegen ist und zwei ausgezeichnete Häfen besitzt, mußte seinen Haß gegenüber den Buren — war doch der Krieg auf seinen Territorien ausgefochten! — überwinden und nach vielen inneren Kämpfen sich entschließen, in einem gemeinsamen, durch Buren beherrschten Staat aufzugehen. Wie Natal, so war auch das Kapland gezwungen, einzugestehen, daß der einzige Ausweg aus dem ihnen drohenden Bankrott in der gemeinsamen Verwaltung der Eisenbahnen liege. Auch sonst arbeiten ihre Linien mit schweren Verlusten.

Ein zweites Moment, das die Vereinigung der vier Kolonien gebieterisch erheischte, war die Eingeborenenfrage. In allen Kolonien bilden die weißen Ansiedler einen kleinen Bruchteil der Bevölkerung, und insgesamt zählt das weiße Element nur etwas mehr als 700 000 gegenüber mehr als drei Millionen Schwarzer. Es ist klar: nicht mit verteilten, sondern nur mit vereinten Kräften kann diese Masse überwältigt, in Gehorsam gehalten und zur Arbeit „erzogen" werden. Was konnten zum Beispiel die 65 000 Engländer in Natal mit ihrer 860 000 Mann starken Masse kriegerischer Zulus machen? Bis jetzt verfolgte man ihnen gegenüber einfach eine Ausrottungspolitik — ein gefährliches Spiel, aber doch durchführbar, da man Arbeitskräfte für die Landwirtschaft und die Zuckerfabriken aus Asien holte. Aber weder die englische Reichsregierung noch die Regierung eines vereinigten südafrikanischen Staates hätte das Fortbestehen einer Kulisklaverei mehr geduldet, und so müssen von jetzt ab die Eingeborenen geschont und zur Arbeit gezogen werden. Dasselbe Problem aber gilt für ganz Südafrika und kann daher nur mit gemeinsamen Kräften gelöst werden.

So sehen wir, wie die beiden Faktoren, die das ökonomische Leben Südafrikas beherrschen, die vier Kolonien trotz allen ihren Gegensätzen zur Zusammenfassung in einen Staat getrieben haben. Zuerst — und namentlich von Natal, das die Vorherrschaft der Buren fürchtete — wurde die Frage angeregt, ob nicht die einfache Föderation genügen würde. Dem aber widersetzte sich Transvaal entschieden, das seine Machtstellung nicht preisgeben wollte, ohne wenigstens das britische Element in Natal unterzuordnen. Es wurde dann beschlossen, die Kolonien gänzlich zu verschmelzen. Im Oktober vorigen Jahres fand dann die erste Konferenz der Delegierten aller Kolonien zwecks Ausarbeitung der Verfassung statt, die erst in Durban, Natal, und nachher in Kapstadt tagte. Im Februar d. J. war das Projekt der Verfassung fertig. Nicht alle Kolonien waren mit ihm zufrieden. Aus Rücksicht auf die britische Minderheit (in den Städten) wurde im Projekt der Proporz für die Wahlen ins Parlament bestimmt. Obwohl auch das Burentum in Transvaal unter dem Proporz zu leiden hatte, sträubte sich hauptsächlich die Kapkolonie dagegen, wo die britischen Ansiedler nur eine Parasitenrolle spielen, im Gegenteil zu Transvaal, wo die Engländer die Hauptkapitalmacht in ihren Händen vereinigen. Auch war die Kapkolonie gegen die Bestimmung des Projektes, wonach die Eingeborenen kein passives Wahlrecht besitzen dürfen und auch ihres aktiven Wahlrechts, wo es besteht, vom Parlamente mit einer Zweidrittelmehrheit beraubt werden könnten. Die Kapkolonisten nämlich stehen seit jeher mit manchen Schichten der Eingeborenen in engster Verbindung, häufig sogar in Verwandtschaft, und haben ihnen schon lange die beiden Wahlrechte gewährt. Auch finden sich unter den Eingeborenen viele wohlhabende und gebildete Männer, die auf verschiedenen Gebieten des öffentlichen Lebens, als Aerzte, Advokaten, Schriftsteller, Geistliche usw. tätig sind. Die Kapkolonisten empfanden es als einen schmählichen Verrat, daß diese Eingeborenen als ein wildes Volk behandelt werden sollten. Auch noch andre Vorschriften des Verfassungsprojektes wurden von dieser oder jener Kolonie beanstandet, bis endlich die Delegierten sich zum zweitenmal zu versammeln hatten, und zwar in Bloemfontein, der Hauptstadt der Oranjekolonie. Dort wurde viel gestritten, aber zuletzt im Mai ein vollständiger Ausgleich erzielt. Der Proporz wurde verworfen, dagegen beim Wahlrecht der Eingeborenen nichts geändert. Auch Natal wurde in manchen seiner Forderungen, so auf dem Gebiet des Schulwesens und in der Sprachenfrage, zufriedengestellt, und im Verlauf des Juni wurde der Verfassungsentwurf von allen Parlamenten der Kolonien genehmigt, in Natal sogar durch Urabstimmung. Zur gegenwärtigen Stunde befindet sich eine offizielle Deputation aus Südafrika in London, da der Entwurf, ehe er in Kraft tritt, vom Reichsparlament genehmigt werden muß. Die Kapdelegierten benutzen diese Gelegenheit, um die letzte Probe in Sachen des Wahlrechts zu machen, allein das englische Parlament und die englische Regierung werden sich vor Einmischung in diese Angelegenheit gegen die überwältigende Mehrheit der Kolonisten hüten. Demnach kann der südafrikanische Staat als eine vollendete Tatsache betrachtet werden.

Es ist schwer, hier die neue Verfassung auch nur skizzenhaft zu zeichnen. Natürlich ist sie nach dem englischen Muster modelliert und macht das Parlament zum alleinigen Träger der Volkssouveränität. Nur einige minderwichtige Fragen sind, mit Rücksicht auf Natal, der Entscheidung durch die Krone vorbehalten, sonst besitzt das Parlament die Vollmacht über die ganze Regierung des Landes. Das Parlament besteht aus zwei Kammern, von denen der Senat aus 32 erwählten — je 8 aus jeder Kolonie, die jetzt Provinz genannt wird — und 8 vom Generalgouverneur für die Dauer von 10 Jahren ernannten Mitgliedern besteht. Die zweite Kammer, das „Versammlungshaus", besteht aus 121 Mitgliedern, verteilt auf folgende Weise: Kap 51, Natal 17, Oranje 17, und Transvaal 36. Mit der Vermehrung der Bevölkerung wird auch die Zahl der Abgeordneten steigen, aber nur bis 150. Statt der jetzigen kolonialen Parlamente werden zur Verwaltung der Provinzen Provinzräte beschaffen werden, die so viele Mitglieder enthalten dürfen, wie die Provinz Abgeordnete ins Verhandlungshaus schickt. Diese Räte werden keine gesetzgeberischen Funktionen besitzen, vielmehr den englischen Grafschaftsräten ähnlich sein. Sie werden nicht mehr die Eisenbahnen oder Häfen verwalten, dafür aber über das untere und mittlere Schulwesen für die Dauer von 5 Jahren und mehr, wenn das Parlament zustimmt, verfügen.

Das ist also der neue Staat. Man muß es den Engländern noch immer einräumen, daß sie es besser als irgendein anderer Eroberer verstehen, ein Reich aufzubauen. Denn nur dank der Gewährung des Selbstbestimmungsrechts nicht nur an die eigenen Bürger, sondern auch an andre Völkerschaften, wie die Franzosen in Kanada und die Buren in Südafrika, gelang und gelingt es ihnen, große, freie und loyale Staaten unter der britischen Flagge zu errichten. Andererseits wäre es ein großer Irrtum, zu glauben, daß die staatliche Neugründung nur dank der gewaltsamen Unterdrückung der beiden burischen Republiken im Jahre 1902 geschehen konnte. Wer die Geschichte von Südafrika vor dem Kriege kennt, der weiß, daß auch ohne diese schändlichen Gewaltakte die Republiken ihre Selbständigkeit aufgegeben hätten und in einen Bund mit den englischen Kolonien getreten wären. Die jetzigen Bothas und Stejns standen schon zur Zeit des alten reaktionären Krüger in Opposition gegen dessen bornierte kleinbäuerliche Politik und es unterliegt keinem Zweifel, daß sie zuletzt auch gesiegt hätten. Der Krieg hat eigentlich nur das Werk der Vereinigung auf zehn Jahre aufgeschoben und nur das eine zustande gebracht, daß statt unter einer eigenen Flagge das Vereinigte Gemeinwesen von Südafrika jetzt unter dem Union Jack auftreten wird. Ob dadurch irgendwer auf der Welt außer den englischen Imperialisten gewonnen hat, das braucht man nicht erst fragen.

Für unsere Frauen.

Der Steuer-„Segen".

Kr. Kaum ist die Aufregung, die alljährlich der Steuerveranlagungszettel oder der Steuerzettel selbst in die Haushaltungen bringt, vorüber, so ziehen aufs neue dunkle Regenwolken auf, die wie ein Alp auf das Gemüt der Hausfrau und Mutter liegen. Die Ansprüche, die bisher schon an ihre sparsame Wirtschaftsführung gestellt werden mußten infolge des geringen Verdienstes, werden aufs neue gesteigert durch die neuen Steuern indirekter Natur.

Die Folgen der Arbeitslosigkeit, die die Krisis mit sich brachte, sind in vielen Familien noch nicht einmal überwunden — hier muß noch der Schuhmacher, dort der Schlachter und Bäcker bezahlt werden, auch Kleidungsstücke oder Hausgeräte warten schon lange der Erneuerung. Und trotz aller dieser Sorgen droht der Fiskus mit neuen Steuern.

Der „Steuersegen", den die bürgerlichen Parteien durch die Finanzreform über die besitzlose Klasse ergossen haben, wird von furchtbarer Wirkung für die Proletariermasse sein. Vierhundert Millionen sollen durch Steuern auf Konsumartikel aufgebracht werden, 400 Millionen Mark durch 60 Millionen Einwohner, die Deutschland hat, geteilt, macht pro Kopf der Bevölkerung eine Mehrbelastung von 6 bis 7 Mark.

Mehr wie 25 Mark pro Kopf bezahlen wir schon heute an Zöllen und Verbrauchsabgaben für unsere Lebensmittel. Die indirekte Steuer wird sich also in Zukunft auf 32 Mark pro Kopf

---

Gold.

Roman aus den Goldfeldern Kaliforniens
von Friedrich Gerstäcker.

24

Siftly knirschte seine Zähne zusammen und griff wieder wie unwillkürlich nach der Waffe; aber er fühlte auch seine Hände gebunden, denn das Gold, um dessentwillen er alles gewagt, durfte er nicht aufs Spiel setzen.

„Habt keine Angst," flüsterte er deshalb seinem Gegner zu, „ich werde Euch eine Zeit bestimmen, darauf könnt Ihr Euch verlassen: vielleicht früher, als Euch lieb ist. Und Ihr, Senorita," wandte er sich dann barsch und rauh an das junge Mädchen, das zitternd Zeuge dieses fatalen Auftritts gewesen, „wenn Ihr denn so entsetzlich kalt und vornehm seid, und dabei unter so hohem Schutz steht, als der Kellner eines Restaurateurs ist, bitte, so veranlaßt doch Euren Vater, daß er mir auf der Stelle die sechs Unzen zahlt, die er mir seit heute morgen schuldet."

„Was sagt er?" frug Don Alonso, der gleich nach dem Angriff zu seiner Tochter getreten war und seinen linken Arm um sie geschlagen hatte. Manuela aber war totenbleich geworden, und sich an ihn schmiegend, frug sie mit zitternder, angsterfüllter Stimme:

„Vater, um Gottes willen, spricht der Unglückselige wahr? Bist du ihm Geld, bist du ihm solche Summe schuldig?"

Der Spanier antwortete ihr nicht, während aber ein tiefes Rot seine Stirn färbte, trat er gegen den Amerikaner vor und sagte: „Ihr sollt bezahlt werden, Senor, ich gebe Euch mein Wort, nur bis morgen abend werdet Ihr Euch gedulden."

„Tut mir leid, Senor," brummte aber Siftly, der von der ganzen Rede nur das Wort manana (morgen) verstanden hatte. „Spielschulden sollen nie über Nacht stehen bleiben, und da ich jetzt finde, daß meine Gefälligkeit doch nicht anerkannt wird, so sehe ich auch nicht ein, weshalb ich hier eine Ausnahme zu machen brauche."

„Bitte, Sir, wollen Sie dort hinten an den Zahltisch treten?" unterbrach hier Emil aufs neue den Spieler, „dort werden Sie Ihr Geld erhalten. Ich schulde Don Alonso etwa dieselbe Summe, und glaube, daß es ihm angenehm sein wird, durch diese von Ihnen loszukommen!"

Siftly warf ihm einen tückischen Blick zu, erwiderte aber gleich darauf lachend: „Wenn ich nur das Geld bekomme mir gleich, von wem und aus wessen Tasche."

„Vater, dulde es nicht," flüsterte da Manuela, ihn leise bittend. „Der Fremde zahlt für dich das Geld. Er sprach die Wahrheit nicht, als er sagte, daß er es dir schulde."

Der alte Spanier blieb wie an seine Stelle gebannt. So stolz und edel er sich sonst gefühlt haben mochte, das Spiel und mit ihm die Gier nach Gold hatte alles das in ihm ertötet oder doch betäubt, und leise nur tröstete er die Tochter: „Fürchte nichts, mein süßes Herz, ich zahle dem Manne morgen diese Schuld, und viel lieber ihm als jenem Schuft von Amerikaner, den Gottes Zorn treffen möge!"

Emil war indessen mit dem Manne, in dem er jetzt seinen Todfeind kannte, an den Zahltisch des Wirtes getreten, der sich nicht weigerte, dem Fremden die Summe augenblicklich auszuzahlen; hatte sein Kellner doch noch viel mehr bei ihm gut. Siftly nahm das Gold, besah es flüchtig, schob es in seine Tasche, trat dann wieder zu seinem Stuhl, von dem er die Zarape nahm, und verließ, ohne sich auch nur mit einem Blicke noch umzusehen, das Speisezelt.

„Monsieur Emil," sagte indessen der Restaurateur zu dem jungen Mann, mit dem er stets französisch sprach, „Sie fangen an dumme Streiche zu machen. Anstatt meine Teller und Gäste zu schonen, schlagen Sie die einen mit den anderen auf den Kopf, und werfen dann noch, wie ich fast fürchte, Ihr Geld sehr nutzlos und töricht auf die Straße."

„Mon capitaine," lachte aber der junge Mann leichtherzig, „an Gast wie Teller war nicht viel verloren, denn beiden fehlte die Glasur, und was mein Geld betrifft, so glaube ich fast, daß ich noch nie hundert Dollar besser angelegt habe."

„Sehr schön; das ist Ihre Sache," sagte der kleine Franzose, die Summe dabei auf Emils Konto schreibend. „wenn Sie übrigens, was ich jedoch kaum glaube, einem guten Rate folgen wollen, so nehmen Sie sich vor diesem — Spieler in acht. Von Vergessen oder Vergeben ist bei der Art Leuten nie die Rede, und anstatt Ihnen dankbar für das Geld zu sein, das er sonst im Leben nicht bekommen hätte, fürchte ich fast, daß er Ihnen noch einmal einen bösen Streich spielt, was mir leid tun sollte."

„Ich fürchte ihn nicht," lachte Emil.

„Desto schlimmer für Sie," sagte der Franzose. „Derartiges Gesindel ist stets gefährlich, noch dazu, da die Amerikaner hier die Herren sind und uns Fremde sämtlich nur als Eindringlinge betrachten. Aber ich habe Sie gewarnt, und Sie mögen tun, was Sie nicht lassen können."

Emil verneigte sich lächelnd gegen ihn und schritt jetzt zu dem Doktor, der ein stummer, aber lebhaft interessierter Zuschauer der ganzen Szene gewesen war. Ehe er ihn erreichte, trat ihm jedoch der Spanier entgegen, ergriff seine Hand und sagte:

„Senor, ich danke Ihnen für Ihre Gefälligkeit; ich werde Ihnen diesen Dienst nie vergessen, und seien Sie versichert, daß Ihnen Ihr Geld unverloren ist. Ich wollte nur, ich könnte Ihnen auf irgend eine Art beweisen, wie sehr ich fühle, was ich Ihnen schulde."

„Das können Sie, werter Herr," sagte da Emil mit weit mehr Herzlichkeit, als er bis jetzt gezeigt, „und noch dazu ohne große Mühe."

„Aber wie?" frug Don Alonso erstaunt.

„Wenn Sie nicht mehr spielen," sagte der junge Deutsche.

„Mein Herr, Sie wissen nicht —"

„Ich weiß, daß Sie mit jenen Schuften nicht mit gleichen Waffen kämpfen," unterbrach ihn aber der junge Mann. „Gegen falsche Karten und falsches Spiel, gegen ihre abgefeimten Kunstgriffe können Sie nichts ausrichten, und das Geld, das Sie auf ihren Tisch legen, ist rettungslos verloren."

„Ich danke Ihnen," lächelte der Spanier, „ich werde Ihrem Rate insofern folgen, daß ich von jetzt an aufmerksamer spiele."

„Aber doch spiele!"

Don Alonso erwiderte nichts hierauf, nickte ihm aber grüßend zu und verließ dann, von seiner Tochter begleitet, das Zelt, um sie auf das Orchester zurückzubringen.

„Sagen Sie einmal, lieber Baron," rief dem jungen Manne jetzt der Arzt entgegen, „denn Sie erlauben mir wohl heute, Sie wieder so zu nennen, indem Sie als Kellner viel zu sehr aus der Rolle gefallen sind, pflegen Sie für gewöhnlich Ihre Gäste auf diese Art zu bedienen? Dann werde ich mich doch wohl nach einem anderen Kosthause umsehen."

Emil errötete und sagte dann: „Sie haben recht; ich hätte mich nicht an dem gemeinen Burschen vergreifen sollen, denn so etwas kann einem nicht zur Ehre gereichen; die Galle lief mir aber über, und — ich vergaß mich in dem Augenblicke. Die Lektion kann ihm übrigens nichts schaden und er hatte sie tausendfach verdient."

„Sehr, sehr schön," erwiderte, mit dem Kopfe nickend, der Arzt, „das also sind die Früchte Ihrer dreimonatlichen, oder, nach Ihrer Zeitrechnung, dreijährigen Erfahrungen in Kalifornien? Ihr Leben geben Sie in die Hände eines Raufboldes und Ihr Geld in die eines Spielers; da bleibt Ihnen dann nichts übrig, als Ihr Herz, und darf man fragen, wo Sie das indessen deponiert haben? Doch jedenfalls auch an einem ganz zweckentsprechenden Platze, nicht wahr?"

Emil wurde feuerrot und wollte dem Doktor eben etwas erwidern, als Monsieur Rigault seinen Namen rief.

Dem Rufe mußte der Kellner Folge leisten, und hatte das vielleicht nie williger getan. Der Doktor aber stand auf, bezahlte einem anderen Kellner seine Zeche, und verließ gleich darauf kopfschüttelnd das Zelt, um zu seinem Kranken zurückzukehren.

VIII.

Eine Vogelperspektive.

Am anderen Morgen mit Tagesanbruch stieß ein kleiner Dampfer, der Goldfisch, mit einer Anzahl von Passagieren vom sogenannten langen Werft von San Francisco ab.

Es war ein etwas langsames Boot, und hatte deshalb die frühe Abfahrtsstunde gewählt, den anderen Fahrzeugen die eiligsten Passagiere vorweg zu nehmen. Daß sie angeführt waren merkten diese dann erst gewöhnlich, wenn sie von dem nächstfolgenden unterwegs überholt wurden. Kaum räumte es den Platz als der nach Stockton am San Joaquin bestimmte Dampfer

steigern und jeder Erdenwaller vom Säugling bis zum Greis wird zu dieser Steuer herangezogen. Der Ernährer einer fünfköpfigen Familie wird also in Zukunft zirka 160 Mark indirekte Steuern zu zahlen haben. Wahrlich, eine solche Brandschatzung ist noch nicht, so lange das Reich besteht, am Volke verübt worden.

Die bürgerlichen Parteien im Reichstag haben bei der Beratung der Finanzreform gezeigt, daß ihnen nicht nur jedes Verständnis für die Lage der Nichtbesitzenden fehlt, sondern daß sie auch gar nicht gewillt sind, deren Rechte anzuerkennen und zu vertreten. Sonst hätten jene Parteien und Personen, die bei Wahlen zum Parlament um die Stimmen der Arbeiter buhlen, einer Finanzreform um den Preis der vollständigen Ausplünderung der Massen nicht zustimmen dürfen. Speziell das Zentrum, welches zumeist Arbeiter-Wählern, Kleinbürgern und -Bauern seine Mandate verdankt, sollte sich schämen, derart die Interessen seiner Wähler mit Füßen getreten zu haben. Oder glauben die Zentrumsherren, daß Hunger und Entbehrungen dem „katholischen Magen" nicht ebenso schädlich ist, wie dem Magen anders Gesinnter. — Doch zum Schaden ernten die Besitzlosen noch Spott aus diesen Kreisen. Eine Zentrumskorrespondenz schreibt:

„Gegenüber den unvermeidlichen neuen Steuerlasten ist kein anderes Hilfsmittel gegeben, als Fleiß und Sparsamkeit; denn was das Reich braucht, muß es haben. Wenn Handel und Wandel in gutem Stande bleiben, so werden die meisten Leute durch gesteigerten Fleiß sich das Nötige erwerben können, um den Preisaufschlag auf Tabak, Bier, Branntwein, Kaffee zu decken. So lange das nicht gelingt, muß man in dem Verbrauch von Genußmitteln sich etwas einschränken. Angenehm ist das nicht; doch gibt es noch viel schwerere Heimsuchungen und schlimmere Uebel auf dieser Welt."

Da hört ihr's, Frauen, es gibt viel schwerere Uebel als wie ein bißchen hungern. Wenn also Fleiß und Sparsamkeit nicht auslangen, um den um 20 Pfg. pro Pfund verteuerten Kaffee oder den um 40 Pfg. pro Pfund verteuerten Tee zu trinken, dann sollt ihr verzichten darauf und denken, es gibt noch größere Heimsuchungen.

Das Organ der katholischen Arbeitervereine stößt ins selbe Horn, es schreibt:

„Im allgemeinen können wir sagen, daß das Werk der Reichsfinanzreform gelungen ist, daß auch das arbeitende Volk mit ihm zufrieden sein darf, wenn auch einzelne Abgaben, wie Verteuerung des Kaffees, der Zündhölzer als unerfreulich bezeichnet werden müssen."

Die Männer und Frauen der Arbeiterklasse werden den Vertretern der bürgerlichen Gesellschaft, die, um den eigenen Beutel zu schonen, immer aufs neue die Arbeiterklasse mit drückenden Steuern aller Art belasten, zeigen, daß sie die neuen Steuern nicht nur als unerfreulich, sondern als ein Unrecht an der arbeitenden Klasse empfinden. Und diesem Gefühl folgend, wird die denkende Arbeiterschaft, noch mehr wie bisher, den Zweiflern an der modernen Arbeiterbewegung durch Tatsachenmaterial beweisen, daß nur die Sozialdemokratie die Vertreterin der Arbeiterklasse ist.

Alle schönen Worte der bürgerlichen Presse werden auch nicht die proletarischen Hausfrauen über die Wirkungen der neuen Steuern hinwegtäuschen und auch sie werden immer mehr einsehen, daß auch ihr Platz in den Reihen der Sozialdemokratie ist; um mit gemeinsamer Kraft ihre Klasse aus bürgerlicher Bevormundung und Junkerfron zu erlösen.

Die bürgerlichen Parteien und vor allem das Zentrum haben mit ihrem „Steuersegen" Wind gesäet, daß sie Sturm ernten, dafür wollen wir sorgen — durch unsere Agitation und Organisation.

Der Arbeiter-Samariterbund

fordert die Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands zum Beitritt auf. Der Bund will nach einem Aufruf: „Arbeiter und Arbeiterinnen heranbilden in der ersten Hilfeleistung bei Unglücksfällen und plötzlich auftretenden Erkrankungen; ferner die Arbeiterschaft aufklären, wie Unglücksfälle vermieden werden."

Er hat sich zur Aufgabe gemacht, in Städten oder größeren Fabrik-Etablissements, wo Arbeiter-Samariter-Kolonnen noch nicht existieren, zur Gründung solcher Anregung zu geben, und rechnet dabei auf Unterstützung aller interessierten Korporationen, wie Gewerkschaften, Wahlvereine, Turn- und Radfahrervereine, Touristenklubs usw., vor allem aber der Krankenkassen. Die Mitglieder des Bundes bezw. Kursusteilnehmer sollen an den Lehrabenden von Aerzten unterrichtet werden außer über den Bau des menschlichen Körpers über die Tätigkeit dessen Organe und des Nervensystems, hauptsächlich in der ersten Hilfeleistung bei Unglücksfällen. „Zum leichteren Verständnis werden an den Lehrabenden im Anschauungsunterricht den Teilnehmern anatomische Wandtafeln, sowie Lehrbücher zur Verfügung gestellt. Nach jedem ärztlichen Vortrag finden praktische Uebungen statt, und wird unter Zuhilfenahme von einschlägigem Verbandmaterial gelehrt, wie sich der Samariter zu verhalten hat bei Verletzungen aller Art, Blutstillung bei Durchtrennung der Adern, Knochenbrüchen, Verrenkungen, Verstauchungen, Verbrennungen, bei den verschiedenen Arten der Bewußtlosigkeit; ferner über das Verhalten gegenüber Ertrinkenden, bei Gas- und sonstigen Vergiftungen, bei Beschädigungen durch Elektrizität, bei plötzlich auftretenden Erkrankungen des Magens und der Unterleibsorgane, über den Transport Verunglückter und Erkrankter, überhaupt über alles, was im werktätigen Leben, im Betriebe der Fabrik vorkommt. Wohl besteht die Vorschrift, daß in jedem Betriebe ein Verbandkasten vorhanden sein muß, aber wir fragen uns: Sind die damit beauftragten Arbeiter wirklich imstande, die in diesem Kasten enthaltenen Materialien richtig und einwandfrei zu verwerten? Wir sind der festen Ueberzeugung, daß es in vielen Fällen mit der streng vorgeschriebenen Reinhaltung des Materials nicht sehr ernst genommen wird, weil der unerfahrene Hilfeleistende selten oder gar nicht die Gefahren kennt, welche bei Anwendung nicht keimfreien, unreinen Materials entstehen. Ferner sollen die am Lehrkursus sich Beteiligenden darauf aufmerksam gemacht werden, was im Ernstfall zu unterlassen ist: die schädlichen Quacksalbereien und die verwerfliche Tätigkeit der Kurpfuscher. Der Verletzte soll vom Samariter belehrt werden, nach dem Unfall sofort den Arzt aufzusuchen, da sonst im Falle der Erwerbsunfähigkeit eine Rente, und sei diese noch so klein, nicht zu erhalten ist." Zum Schluß sagt der Aufruf: „Die in der ersten Hilfeleistung bei Unglücksfällen ausgebildeten und ärztlich geprüften Kolonnenmitglieder haben es sich ferner zur Aufgabe gemacht, bei Versammlungen oder Festlichkeiten der Arbeiterschaft den Samariterdienst zu verrichten. Wohl haben bürgerliche Kolonnen in dieser Beziehung schon viel Gutes geleistet. Der Arbeiter-Samariterbund stellt sich aber im Gegensatz zu diesen auf den Standpunkt, daß in seinen Kolonnen, als rein charitativen Vereinen, die Politik ausgeschaltet werden muß, unbeschadet der Betätigung der Mitglieder in politischen Vereinen selbst. Wie oft wird uns aus interessierten Kreisen mitgeteilt, daß laut einer bestehenden Verfügung ausgebildete Samariter oder Sanitätsmannschaften wegen ihrer politischen Gesinnung oder Betätigung aus bürgerlichen Kolonnen ausgeschlossen werden. Da in verschiedenen Städten diese Maßnahmen vorgekommen sind, so ist man dort daran gegangen, selbständige Arbeiter-Samariter-Kolonnen ins Leben zu rufen, um dem Drucke von dorther zu begegnen. Es ist daher Pflicht eines jeden Arbeiters, dort seine Kräfte in den Dienst zu stellen, wo er nach Lage der Dinge hingehört: in die von Arbeitern gegründeten und von diesen geleiteten Vereinigungen!"

Wir wünschen dem Arbeiter-Samariterbund zu seinem ersten Bestreben, unter Ausschaltung jeglicher Vereinsspielerei Kenntnisse unter der Arbeiterschaft zu verbreiten, den besten Erfolg!

Parteinachrichten.

Aus den Organisationen. Im Sozialdemokratischen Verein zu Hannover betrug am Schluß des Berichtsjahres die Zahl der Mitglieder 13 428 männliche und 2248 weibliche. Die Einnahmen und Ausgaben balancieren mit 93 155.99 Mark. Der Vermögensbestand beträgt 334.16 Mark. Der Geschäfts- und Kassenbericht über die Druckerei und das Verlagsgeschäft des „Volkswillen" weist Einnahmen für Abonnements, Inserate, Prospekte, Drucksachen, Miete, Zinsen und Diveries inklusive des Kassenbestandes aus dem vorigen Geschäftsjahr 477 315,60 Mark auf. Die Ausgaben betragen an Spesen, Bureauutensilien, Botenlöhne, Fahrkarten, Porti, „Neue Welt", Redaktionsunkosten, Gehälter der Angestellten, Versicherungsbeiträge, Druckerei-Betriebsunkosten, Druckereilöhne, Papier, Oel, Farbe, Stereotypiematerial, Neuanschaffung von Maschinen und Schriften, Inseratenprovision, Propaganda-Unkosten für Abonnentengewinnung, Hausverwaltungskosten, Steuern, Gebühren, Neuanschaffung von Mobilien und Bankeinlage insgesamt 475 680,80 Mark, so daß ein Kassenbestand von 1634,80 Mk. verbleibt. Der Reingewinn im verflossenen Geschäftsjahre betrug nach erfolgten Abschreibungen 29 008,14 Mark. Der Vermögensnachweis nach erfolgter Abschreibung balanciert mit 347 934,77 Mk. In der Generalversammlung wurde vom Geschäftsführer der Stand des Geschäfts als durchaus geordnet und finanziell befriedigend bezeichnet. Der letztjährige Reingewinn wird allerdings in diesem Jahre kaum wieder erzielt werden können, da die Schatten der Wirtschaftskrise auch auf das Parteigeschäft sich verbreitet haben. Hinzu kommt, daß das Geschäft einen guten Kunden, den Vorstand des Brauereiarbeiterverbandes, verloren hat und die Löhne der Austräger, sowie die Redaktionskosten erhöht seien. Auch sei der „Volkswille" umfangreicher geworden durch Vermehrung der Beilagen, so daß der Nettovertrag des Geschäfts für das laufende Jahr vollauf verbraucht wird. Der Abonnentenstand betrug bei Beginn des Geschäftsjahres (am 1. April 1908) 28 600, am Schlusse des Geschäftsjahres (am 31. März d. J.) 30 100. Den höchsten Abonnentenstand hatte der „Volkswille" im Januar d. J. (30 250), so daß ein gewisser Stillstand infolge der wirtschaftlichen Depression eingetreten sei. In der Debatte wurde gewünscht, daß die Nummer des 1. Mai als besondere Festnummer herausgegeben und als Agitationsnummer verwandt werde. Ebenso wünschte man mehr Berücksichtigung der Frauen und der Jugend.

Im Wahlkreis Jerichow I und II ist die Mitgliederzahl von 1019 auf 1476 gestiegen. Es sind 242 weibliche Mitglieder vorhanden. Die Einnahme betrug 7564,65 Mk., die Ausgabe 7187,56 Mark. Der Abonnentenstand der „Volksstimme" hat sich im Kreise um 127 gehoben. In mehreren ländlichen Orten ist die „Volksstimme" eingeführt, trotzdem sie bisher nach dieser Richtung als unerreichbar galten. Es wurde auf der Generalversammlung in Burg beschlossen, eine Agitation für die „Volksstimme" zu unternehmen. Vorher soll im ganzen Kreise ein Flugblatt über die politische Situation verbreitet werden.

Der Jahresbericht des Parteisekretariats für Oldenburg und Ostfriesland konstatiert, daß auch dort die sozialdemokratische Partei mit ihrem Mitgliederbestande an der Spitze aller Parteien steht, obschon der Bund der Landwirte und die Freisinnigen durch Errichtung eigener Parteisekretariate eine äußerst intensive Agitation entfalten. Es ist gelungen, in fast allen namhaften Orten festgefügte Vereinsorganisationen mit geregeltem Verwaltungsapparat zu schaffen. Die Zahl der organisierten männlichen Parteigenossen stieg im Berichtsjahre um 264 und beträgt jetzt 5187, die der weiblichen stieg im Berichtsjahre um 411 auf 940. 16 Mitgliedschaften wurden auf Kosten der Landeskasse Bibliotheken geliefert, die in den kleinen Ortsvereinen den Mittelpunkt des Interesses an der Organisation bilden. Sozialdemokratische Gemeindevertreter sind in den drei oldenburgischen Wahlkreisen vorhanden in 15 Orten 62 Gemeinderats- und 15 Ortsausschußmitglieder, ferner ein Magistratsmitglied; außerdem sind verschiedentlich Genossen in den Schulausschüssen, Schulvorständen und Amtsräten tätig. Die Jugendorganisationen machen recht erfreuliche Fortschritte. Um die Agitation unter den Jugendlichen reger zu entfalten, wird im Anschluß an die diesjährige Landeskonferenz eine Besprechung der Leiter der Jugendorganisationen stattfinden.

Die aus Anlaß des Zarenbesuches von den Sozialdemokraten Kiels veranstaltete Protestversammlung, in der Landtagsabgeordneter Liebknecht sprach, war von 10 000 Personen besucht

Gewerkschaftsbewegung.

Im Holzgewerbe in Essen a. d. Ruhr wurde zwischen dem Arbeitgeberbund für das Baugewerbe und der Tischlerinnung einerseits und den beteiligten Arbeiterorganisationen andererseits ein dreijähriger Vertrag, laufend bis 15. April 1912, zum Abschluß gebracht. Der Vertrag bringt den Arbeitern anstatt der bisherigen 9½stündigen ab 1. Juli 1910 die 9stündige Arbeitszeit, weiter eine sofortige Lohnerhöhung von 2 Pfg. und am 1. Juli 1910 eine solche von 3 Pfg. pro Stunde. In Bochum wurden gleichfalls den Schreinermeistern Forderungen unterbreitet. Ob es auch dort gelingt, in friedlicher Weise einen Vertrag zum Abschluß zu bringen, wird sich in den nächsten Tagen entscheiden.

Berechtigte Animosität gegen Streikbrecher. Vor dem Schöffengericht Magdeburg-Neustadt hatten sich drei junge Mädchen und eine verheiratete Frau wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung und wegen öffentlicher Beleidigung zu verantworten. Sie sollten gelegentlich der Schuhmacheraussperrung bei der Firma Bühring u. Co. mehrere arbeitswillige Arbeiterinnen durch Drohungen zu veranlassen versucht haben, sich den Ausgesperrten anzuschließen. Weiter sollten sie Schimpfreden gebraucht und u. a. gesagt haben: „Wenn es erst dunkel ist, dann bekommt ihr eure Tracht!" Das Gericht sprach zwei der Angeklagten entsprechend dem Antrage des Amtsanwalts frei und verurteilte die beiden anderen zu 20 Mk. resp. 30 Mk. Strafe, jedoch nur wegen Beleidigung. Der Amtsanwalt bezeichnete in seinem Plaidoyer die gefallenen Aeußerungen als aus berechtigter Animosität gegen die Arbeitswilligen hervorgegangen.

Zwanzig Jahre Organisationsarbeit im Friseurgewerbe. Der Vorstand des Verbandes der Friseurgehilfen schreibt: Der Verband wurde vor 20 Jahren, im August 1889 gegründet. Wenn er es im ersten Jahrzehnt seines Bestehens noch nicht auf 1000, im zweiten Jahrzehnt noch nicht über 2000 Mitglieder gebracht hat, bei etwa 25 000 beschäftigten Gehilfen, so liegt dies lediglich an den im Barbier- und Friseurgewerbe bestehenden eigenartigen Verhältnissen. Die Gehilfen sind mit 23 Jahren schon zu alt, zu teuer, und werden als baldige Konkurrenten gefürchtet. Ihre Gehilfenzeit betrachten sie ohnehin als ein Uebergangsstadium zur Meisterschaft. Die ungünstigen Arbeitsbedingungen veranlassen die Gehilfen, sich sobald als möglich „selbständig" zu machen, die Bevorzugung der jüngsten, billigsten und willigsten unter ihnen zwingt sie dazu. Erst als „Selbständige" werden die meisten gewahr, daß sie vom Regen schlechter Arbeitsbedingungen unter die Traufe nicht minder mißlicher Existenzbedingungen gekommen sind. Doch dann ist es zur Selbsthilfe durch die Organisation auch schon zu spät. Die Gehilfenzeit währt in der Regel nur fünf Jahre, einschl. der Militärdienstzeit. Die Organisation muß also ihren Mitgliederstand ständig erneuern, ihn außerdem zu vergrößern, ist

---

the golden gate dort anlangte und mit rauchenden Schornsteinen seine Glocke läutete.

Ein hagerer langer Mann, der ein ziemlich schweres Gewicht unter seinem fadenscheinigen Mantel zu tragen schien, kam mit raschen Schritten das Werft entlang, blieb an der Planke des für den San Joaquin bestimmten Dampfers eine Weile stehen, um forschend das lange schmale Werft zurückzuschauen, und ging dann eilig an Bord. Wenige Minuten später läutete die letzte Glocke, und das Boot wollte eben abstoßen, als ein kleiner Trupp Deutscher nach dem Werft heruntergerannt kam, und schon von weitem mit den Tüchern winkte und schrie und Zeichen gab, noch an Bord genommen zu werden.

Es waren Leute verschiedenen Alters, alle aber in außerordentlicher Eile, und nur ein einziger schien diese nicht zu teilen. Mit weit langsameren Schritten, eine lange Pfeife im Munde, folgte er den übrigen, und schaute sich dabei so sicher und selbstgefällig um, als ob er fest überzeugt gewesen wäre, daß das Boot hätte auf ihn warten müssen.

Der Kapitän des Dampfers hielt natürlich, um sich den Verdienst nicht entgehen zu lassen. Die in sechzehn bis zwanzig Stunden bewerkstelligte Ueberfahrt nach Stockton kostete damals nämlich noch dreißig Dollar für den Kopf, und diese sechs Passagiere zahlten demnach die Kosten der ganzen Reise.

Die ersten waren auch schon lange an Bord gesprungen, und selbst der Neger, den sie sich mitgenommen und der ihr sämtliches Gepäck auf einem Handkarren führte, war in einem scharfen Trab mit seinem leichten Fuhrwerk über die Planken hingerollt. Nur der letzte Passagier übereilte sich nicht, und wenn er seinen Schritt auch in etwas beschleunigte, geschah das doch sichtbar mit einer gewissen Angst, sich ja nichts zu vergeben.

„Justizrat, Sie werden wahrhaftig zurückgelassen!" schrie ihm der eine der Vorangeeilten, Herr Hufner, ängstlich zu. Der Justizrat antwortete nicht darauf, und sah nach rechts und links hinüber und blies die Dampfwolken seines Knasters wohlgefällig in die klare Morgenluft hinaus.

„Stoßt ab!" rief da der Kapitän seinen Leuten zu, „wenn der Bursche soviel Zeit hat, wollen wir ihm den Spaß nicht verderben, aber halt," unterbrach er sich plötzlich, „dahinten kommt noch jemand, der in größerer Eile ist. Schade, ich hätte den mit der langen Pfeife gern sitzen lassen."

Hinter dem Justizrat her kam ein Mann in einer kalifornischen Zarape, der schon von weitem mit der Hand winkte. Nur erst als er nahe genug gekommen war, das vorn aushängende Schild „Nach Stockton" zu lesen, mäßigte er seinen Schritt.

„Nun, Sir, mit in die Minen?" rief ihm der Kapitän zu.

„Legt Ihr in Sausalita an?"

Der Amerikaner schüttelte mit dem Kopfe, und winkte seinen Leuten, das Boot frei zu machen. Der Justizrat war eben an Bord getreten.

„Dort drüben geht das Sausalita-Boot," rief er von seinem Deck zurück.

„Teufel!" schrie der in der Zarape, „ich dachte, um sechs Uhr ginge das erste Boot."

„Um halb sechs das erste nach Sacramento; stoßt ab!" rief der Kapitän.

Der in der Zarape stand wie unschlüssig und stampfte nur ingrimmig seinen Fuß auf den Boden.

„Wollt Ihr nach Sausalita, Herr?" rief ihn da ein kleiner Junge an, „dort die Jenny Lind fährt in zehn Minuten ab und holt den Goldfisch noch ein, ehe er seine Flossen am Lande reibt."

„Dank dir, mein Bursche!" rief der Fremde und warf ihm einen Dollar zu, den der Junge mit einem Schlenkern des rechten Beines, das wahrscheinlich seinen Dank ausdrücken sollte, in die Tasche steckte. In demselben Augenblick schob das golden gate vom Ufer ab, und aus einem der kleinen Kajütenfenster, sein Gesicht durch den vorgehaltenen Arm so weit gedeckt, daß nur eben die kleinen zusammengekniffenen Augen Raum behielten, blickte Mr. Smith mit boshaftem Lächeln nach seinem auf dem Werft zurückbleibenden Kameraden und Helfershelfer Sifkin hinüber. Sowie der Platz an der Landung frei wurde, dampfe denn auch das kleine Boot, die Jenny Lind, heran, und als sie zum drittenmal geläutet, folgte sie dem vorangegangenen Goldfisch nach Sausalita. (Forts. folgt.)

Abdul Hamids Schätze und Schulden.

Es ist kein leichtes Stück Arbeit, das der Gefangene in der Villa Allatini in Saloniki mit der Ordnung seiner unfreiwilligen Hinterlassenschaft seinen jungtürkischen Besiegern aufgebürdet hat. Die Höhe der im Yildispalast gefundenen Werte ist durch die parlamentarischen Berichterstatter Abgg. Arif Ismet und Seinel Abedin mit 480 000 türkischen Pfund in Bargeld und 1 800 000 türkischen Pfund in Wertpapieren (1 Pfund gleich 18 Mk.) ziemlich genau fest- und durch das Kriegsministerium auch im großen und ganzen sichergestellt worden, d. h. soweit der neue Finanzminister Dschawid-Bei die Milliönchen, auf deren Auslieferung er bei seinem Amtsantritt bestand, nicht schon wieder ausgegeben hat.

Dem Kriegsministerium sind jetzt „nur" noch etwa 500 Kisten mit „Wertpapieren" geblieben, die allerdings an keiner Börse gehandelt werden, für deren Auslieferung aber wohl mancher der darauf mit Unterschrift verzeichneten Türken und Ausländer ein hübsches Sümmchen opfern würde. Es sind die Angeberbriefe (Dschurnals), Bestechungsquittungen und sonstige Geheimdokumente des Yildis, welche zunächst dem Kriegsgericht, später vielleicht auch der Geschichtschreibung — allerdings nicht den Hofhistoriographen — wertvolles Material liefern. Wegen verschiedener Unregelmäßigkeiten bei der Inventur im Yildis — es sollen allerlei Papiere vernichtet, Wertgegenstände heimlich zu einem Spottpreis an begünstigte Liebhaber verschleudert, wohl auch spurlos verschwunden sein — ist im Parlament interpelliert worden. Aber der Großwesir Hilmi-Pascha soll — allerdings in geheimer Sitzung — beruhigende Aufklärungen gegeben haben, demnach scheint sich das Sprichwort „Wie gewonnen, so zerronnen" bei den zusammengestohlenen und -erpreßten Schätzen des Yildis ausnahmsweise und zu Ehren des neuen Regimes einmal nicht zu bestätigen.

Etwa eine Million in Wertpapieren, die der Sultan in einer Handtasche mit in die Verbannung nahm, hat er — anscheinend nicht ohne sanften Zwang — bereits dem siegreichen Revolutionsheer, den mazedonischen Armeekorps, gewidmet. Bei einer zweiten Millionenspende wagte er es bereits, allerlei neckische Bedingungen zu stellen, wie z. B. den Ankauf der Villa Allatini, wodurch er aus einem politischen Gefangenen Herr im eigenen Hause geworden wäre. Auf solche Scherze konnte die Regierung, die den gefährlichen Mann nicht scharf genug bewachen kann, natürlich nicht eingehen. Die ausländischen Bankdepots, die, wie berichtet, an die türkische Regierung ausgefolgt worden sind, sollen noch über 10 Millionen Frank betragen haben; selbstverständlich waren sie für den türkischen Fiskus unerreichbar, solange Abdul Hamid deren Abtretung verweigerte. Und es klingt sehr plausibel, daß der Argwöhnische trotz aller Beteuerungen für sein Leben fürchtete, wenn er sich freiwillig von seinem Gelde trennte. Da sein Privatvermögen im Falle seines plötzlichen Todes nach dem Gesetz nicht an den Staat, sondern an seine Kinder gefallen wäre, hält er es für die allersicherste Lebensversicherung, die Depots ungekündigt in den Banken zu lassen. Durch irgendwelche Gründe hat sich Abdul Hamid, wie gesagt, doch endlich bewegen lassen, die Bankdepots auszufolgen.

Inzwischen hatte der Fiskus einen guten Vorwand zu weiteren Konfiskationsanträgen in den stattlichen Summen gefunden, die der gestürzte Sultan außer den bereits eingezogenen Gütern der Zivilliste noch verschiedenen Banken, Behörden und Privatpersonen schuldete. Der Finanzminister hat dem Parlament folgendes Schuldkonto des Exsultans vorgelegt:

Ottomanbank	125 000	türk. Pfund
Anatolische Bahn	86 000	„ „
Minenbesitzer Speidel (Thasos)	31 000	„ „
Schuldige Beamtengehalte	256 275	„ „
Stadtverwaltung usw.	67 957	„ „
Fromme Stiftungen	828	„ „
Stadtverwaltung für die Villa des Fürsten von Montenegro	1 820	„ „
Verschiedenes	1 500	„ „
	570 380	türk. Pfund

eine recht schwierige
Jugend der Gehilfen
vormundungssystem, d
bierstubenmilieu führ
Seite zu nehmen.
Natürlich hat die
Meisterverbände zu r
Organisation am Au
männlichen und weibl
rufszählung im Haupt
in 4 Verbänden verei
allein etwa 20 000 M
verstreut sind und d
markt völlig beherrsch
als Maßregelungsbu
gieren, daraus macht
rühmt seinen „vorzüg
Arbeitsnachweis ein
müssen, um nicht an
Die Arbeitslosigkei
den Angaben des Bu
Jahres unter seinen
9541 waren Lehrlinge.
Gehilfen weniger be
dürfen die Stellenlose
einmal alle zur Aush
Gewerbe umfatteln u
Organisationen ander
tallarbeiter, Fabrikar
frühere Barbier- und
gehilfenverband.
In Würdigung all
werkschaftskongreß für
der Gewerkschaften
geschäfte bietende Ge
ihre Organisation hi
bedeuten, daß sie das
respektieren haben.
Heute ist es der O
moralische Unterstütz
schafts- und Parteige
Zeit wird diese Unter
und unmöglich werde
Konkurrenz im Barbi
in den Arbeiterviertel
Die schlechten Lohn
charakterisiert, daß di
75 bis 84½ Stunden
organisierten Gehilfen
sätze 20 bis 23 Mk. b
fast gar nicht in Frag
tungen des Verbande
der Wochenbeitrag vo
jetzt eine zweite Beitr
ist nun auch den schle
sich organisieren zu kö
die Organisation, dan
seiner Tätigkeit noch e
können.
ssc. Die gewerksch
Arbeiterinnen. Auch
fernt so stark in de
treten als es entsp
Beschäftigung der Fr
kann doch von einer
Gewerkschaftsmitglied
richtet werden, 1897
liche Trade-Unionisten
verteilen. Für 1907
Trade-Unions 201 709
fest.
Von der Gesamtzahl
Trade-Unions 85 Pr
einigungen der Baum
der Textilindustrie ins
denen nur 113 weiblich
auch nicht einmal in
werkschaftsgruppe in d
gang gefunden. Gewi
weiblichen Mitglieder.
bewußtsein der besseren
weiblichen Berufsgeno
Die totale Entwick
den Trade-Unions ver

	Zahl der	mit weibl.
1896		
1898		
1900		
1906		
1907		

Diese Schuldenlast,
weiteren Reklamations
türkischer Pfund verdo
vom Finanzminister so
blicklich nicht gerade „
„Vater der Konstitutio
greifen müssen. Er hat
am Volksvermögen vol
sichtslos für seinen G
wundern darf, wenn i

Eine viel

Der Deutsche Bund
Donaustraße 105), zu d
in höheren Richterstell
Rechtsverhältnisse zwis
Tiere, vornehmlich Ka
Am 1. März 1906
von Podbielski an den
Brief, dessen offen aus
nichtung der auf Vogel
diese Vernichtung als
Dieser Brief wurde v
sterieller Erlaß" bezeich
breitet. Er gibt zunäch
wieder. Die in ihm da
Herrn Ministers, welch
entstellter Form zur
kann aber nicht als D
und entbehrt jeder rech
Die in den Gärten
lich herrenlos; da der
nicht ausüben kann,
nicht begründen. Da n
können und daher schu
an dem Vogelbestand n
die §§ 228 und 229 d
sinngemäß hier überhau
handelt, die Vögel vor
schützen.
Maßregeln zum Sch
treffen, soweit er dadur
Der Begriff „Notwehr"
trifft überhaupt nicht
Tiere zu. Jeder Garten
eindringenden Tiere F
in tierquälerischer Weise
kann man auch humane
Stellt er diese Fallen
sehen, in seinem Grund

eine recht schwierige und wenig fruchtbare Aufgabe. Die Jugend der Gehilfen, das patriarchalische Arbeits- und Bevormundungssystem, das Trinkgeldwesen, sowie das ganze Barbierstubenmilieu führen dazu, das Leben von der leichtesten Seite zu nehmen.

Natürlich hat die Organisation auch mit der Gegnerschaft der Meisterverbände zu rechnen, die nichts unversucht lassen, um die Organisation am Aufkommen zu verhindern. Von den 44 900 männlichen und weiblichen Selbständigen, die bei der letzten Berufszählung im Haupterwerb den Beruf ausübten, sind über 25 000 in 4 Verbänden vereinigt. Davon zählt der Barbierinnungsbund allein etwa 20 000 Mitglieder, die fast über ganz Deutschland verstreut sind und durch ihre Arbeitsnachweise den Arbeitsmarkt völlig beherrschen. Daß die Innungsnachweise zugleich als Maßregelungsbureaus für „unbotmäßige" Gehilfen fungieren, daraus macht dieser Bund kein Hehl. Im Gegenteil, er rühmt seinen „vorzüglichen Erkennungsdienst", dem außer dem Arbeitsnachweis ein Attestbuch dient, das die Gehilfen führen müssen, um nicht an freiwilliger Arbeit verhindert zu werden.

Die Arbeitslosigkeit im Gewerbe ist ungemein groß. Nach den Angaben des Bundes befanden sich im Sommer vorigen Jahres unter seinen 19 881 Mitgliedern nur 10 416 Gehilfen; 9541 waren Lehrlinge. Im Winter werden noch einige hundert Gehilfen weniger beschäftigt. Sonnabends und Sonntags dürfen die Stellenlosen aushelfen, doch im Winter können nicht einmal alle zur Aushilfe gebraucht werden. Viele müssen vom Gewerbe umsatteln und kommen dann als Fabrikarbeiter in Organisationen anderer Berufe. In den Verbänden der Metallarbeiter, Fabrikarbeiter usw. sind mindestens ebenso viele frühere Barbier- und Friseurgehilfen zu finden wie im Friseurgehilfenverband.

In Würdigung all dieser Umstände hat es der Kölner Gewerkschaftskongreß für notwendig erklärt, daß die Mitglieder der Gewerkschaften die sich ihnen als Kunden der Friseurgeschäfte bietende Gelegenheit benutzen, um die Gehilfen auf ihre Organisation hinzuweisen, und den Geschäftsinhabern zu bedeuten, daß sie das Koalitionsrecht auch ihrer Gehilfen zu respektieren haben.

Heute ist es der Organisation noch unmöglich, ohne ständige moralische Unterstützung und Förderung durch die Gewerkschafts- und Parteigenossen vorwärts zu kommen. Mit der Zeit wird diese Unterstützung schon aus dem Grunde wegfallen und unmöglich werden, weil die mehr und mehr zunehmende Konkurrenz im Barbiergewerbe die Beschäftigung von Gehilfen in den Arbeitervierteln überflüssig macht.

Die schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen werden dadurch charakterisiert, daß die tarifliche Mindestarbeitszeit wöchentlich 75 bis 84½ Stunden beträgt, und daß erst an fünf Orten die organisierten Gehilfen reinen Geldlohn erhalten, dessen Höchstsätze 20 bis 23 Mk. betragen. Obgleich verheiratete Mitglieder fast gar nicht in Frage kommen, und die Unterstützungseinrichtungen des Verbandes recht gute sind, ist für viele Gehilfen der Wochenbeitrag von 50 Pfg. zu hoch, weshalb der Verband jetzt eine zweite Beitragsklasse mit 30 Pfg. einführt. Dadurch ist nun auch den schlecht Entlohnten die Möglichkeit gegeben, sich organisieren zu können. Wirken so alle Kräfte vereint für die Organisation, dann wird der Verband im dritten Jahrzehnt seiner Tätigkeit noch ersprießlicher für die Berufsgenossen wirken können.

sse. **Die gewerkschaftlichen Organisationen der englischen Arbeiterinnen.** Auch in England ist die Arbeiterin nicht entfernt so stark in den gewerkschaftlichen Organisationen vertreten als es entsprechend der ausgedehnten gewerblichen Beschäftigung der Frauen der Fall sein müßte. Immerhin kann doch von einer erfreulichen Vermehrung der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder innerhalb des Jahrzehnts 1897/1907 berichtet werden, 1897 wurden in Großbritannien 119 775 weibliche Trade-Unionisten gezählt, die sich auf 139 Vereinigungen verteilen. Für 1907 stellte das offizielle Arbeitsamt in 182 Trade-Unions 201 709 Mädchen und Frauen als Mitglieder fest.

Von der Gesamtheit waren 1907 aber lediglich in den Textil-Trade-Unions 85 Prozent organisiert, speziell in den Vereinigungen der Baumwollenarbeiter 54 Prozent. Da 1907 in der Textilindustrie insgesamt 263 Trade-Unions bestanden, von denen nur 113 weibliche Mitglieder besaßen, so hat die Arbeiterin auch nicht einmal in der von ihr hauptsächlich okkupierten Gewerkschaftsgruppe in der Hälfte der Branchenvereinigungen Eingang gefunden. Gewisse Trade-Unions besitzen durchweg keine weiblichen Mitglieder. Hier hindert zum Teil das „Standesbewußtsein der besseren Arbeiter" noch immer den Anschluß der weiblichen Berufsgenossen.

Die totale Entwicklung der weiblichen Mitgliedschaften in den Trade-Unions veranschaulicht folgende Uebersicht:

	Zahl der Gewerkschaften mit weibl. Mitgliedern	Zahl der weibl. Gewerkschaftsmitglieder
1896	137	118 719
1898	152	117 184
1900	150	124 082
1906	165	163 887
1907	182	201 709

Der Kreis dehnte sich also trotz aller besonderen Schwierigkeiten, die sich einer gewerkschaftlichen Organisierung der Arbeiterinnen entgegen stellen, erheblich aus. In der Textilindustrie hat sich im letzten Jahrfünft sogar die Zahl der weiblichen Trade-Unionisten absolut und relativ stärker vermehrt, wie die der männlichen, so daß sich hier die beiden Geschlechter 1907 bald die Wage hielten. Es betrug nämlich in der Textilindustrie die Zahl der

	männlichen Organisierten	weiblichen Organisierten	zusammen
1903	136 076	108 005	244 081
1904	135 384	111 189	246 473
1905	145 119	121 297	266 416
1906	159 829	143 139	302 968
1907	182 307	172 120	359 120

Interessant ist, daß in nicht weniger wie 73 Trade-Unions in der Textilindustrie die weiblichen Mitglieder an Zahl ihren männlichen Kollegen überlegen sind, zum Teil sehr erheblich. So hatte z. B. die Oldham Provinzial-Union der Wollkratzer und verwandten Berufsgenossen 13 875 weibliche und nur 2336 männliche Mitglieder. Es ist das die weitaus bedeutendste Trade-Union dieser Spezialbranche. In der Union der Baumwollweber und Haspler für Blackbourne und Umgebung waren 9867 weibliche, 4933 männliche, in der Union der Weber und Haspler für Ashton und der Lyne und Umgebung 5259 weibliche und gar nur 60 männliche Mitglieder organisiert. Es gibt sogar Trade-Unions in der Textilindustrie lediglich aus weiblichen Mitgliedern bestehend! Davon wurden 5 1902 bis 1907 gegründet, 2 erst 1907. Ob auch diese neuerliche Separierung der Arbeiterinnen auf die exklusive altgewerkschaftliche Politik zurückzuführen ist, geht aus der offiziellen Statistik nicht hervor. Anzunehmen ist es aber nach den sonstigen Erfahrungen mit den Trade-Unionisten der alten Schule.

Jedenfalls ist die weibliche Mitgliedschaft, zumal in den Textilarbeiter-Unions ein nicht zu unterschätzender Faktor für die Befreiung der englischen Gewerkschaftswelt aus ihrer althergebrachten Engherzigkeit gegen die „Ungelernten" — wenn die Trade-Unionistinnen nur das Gewicht ihrer Zahl stets in die Wagschale werfen würden. Leider hat man aus den Beratungen der Trade-Unionskongressen noch nicht gemerkt, daß in den Reihen der weiblichen Mitglieder sich der Drang nach energischer Geltendmachung ihrer vollen Bürgerrechte regt.

Sehr minimal ist noch immer die Zahl der Trade-Unionistinnen in der Bekleidungsindustrie, obgleich auch hier die weibliche Arbeitskraft massenhaft ausgebeutet wird. Wie geringfügig außerhalb der Textilindustrie die Zahl der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder ist, geht aus nachstehender Uebersicht (für 1907) hervor:

	Gesamtmitgliedschaft	davon weibliche
Stiefel- und Schuhmanufaktur	35 393	997
Schneidergewerbe	22 701	1326
Hut- und Mützenfabrikation	8 994	3302
Sonstige Bekleidungsindustrie	1 722	420
Graphisches Gewerbe	68 221	1749
Nahrungsmittel- und Tabakindustrie	18 447	2447
Handelsangestellte	46 117	5 076
Staats- und Gemeindearbeiter	89 393	4690
Sonstige Gruppen (außer Textilindustrie	1 761 331	9582

Unter den 376 805 Trade-Unionisten (1907) in der Metall-, Maschinen- und Schiffbauindustrie befanden sich nur 1205 weibliche, obgleich die Nadel-, Feilen- und Schneidzeugfabriken viele Arbeiterinnen ausbeuten. Daß auch in einem eigentlichen Beschäftigungsgebiet der Mädchen und Frauen, in der Schneiderei, das weibliche Gewerkschaftsmitglied so kärglich vertreten ist, hängt sicherlich mit dem Grassieren der Heimarbeit und des mörderischen Schwitzsystems in dieser Branche zusammen, die mit ihren skandalösen Zuständen doch gerade eine straffe Organisation der Arbeiterinnen notwendig machten.

Bei den reichen Geldmitteln, die den englischen Trade-Unions eigen, dürften sie trotz der anerkannten Schwierigkeiten mehr Erfolg in der Organisierung der weiblichen Arbeiter haben, wenn die Männer nur überall die große Bedeutung einer starken Organisation der gewerblich tätigen Mädchen und Frauen einsähen.

Vom Generalausstand der Bergleute in England. London, 28. Juli. Die Konferenz zwischen den Grubenbesitzern und den Bergarbeitern zur Verhütung eines Ausstandes trennte sich gestern abend ergebnislos. Eine neue Konferenz tritt Donnerstag in London zusammen.

Soziales.

Der Aerztekonflikt in der Ortskrankenkasse Bischweiler wurde durch einen Vertrag beendet. Die Aerzte, die pro Kopf im ersten Jahr 4 Mk., im zweiten 4,50 Mk. und im dritten 5 Mk. forderten, erhalten nach dem Vertrage im ersten Jahre 4 Mk., im 2. und 3. 4,50 Mk. pro Kopf und Jahr. Der Vertrag lautet auf drei Jahre. Wenn die Kasse diesen Forderungen genügen soll, muß sie die Beiträge erhöhen.

Militärisches.

Wenn ein Ballon beschossen wird. Ueber die Lehren, die aus der Ballonbeschießung bei Griesheim für die strategische Verwendung der Luftschiffe zu ziehen sind, wird der Korrespondenz „Heer und Politik" von hervorragender militärischer Seite folgendes mitgeteilt:

Die Ballonbeschießung hat ergeben, daß eine Verwendung von Luftschiffen im Kriege eine durchaus realisierbare Sache ist. Es handelte sich in dem Griesheimer Falle nur um einen Fesselballon, der sich kaum 500 Meter über der Erde erhob, und der durch sein Stillestehen ein Ziel darbot, das leicht eingeschätzt werden kann, wenn es sich auch hoch oben in den Lüften zeigt. Auf diese Weise war es nach langer Zeit und nach großen Mühen möglich, den Ballon herunterzuholen.

Man bedenke, daß der Ballon zuerst von 5000 Infanteriegeschossen, dann noch von 4000 Patronen aus Maschinengewehren beschossen wurde, ohne daß sich irgendein positiver Erfolg zeigte! Erst ein Schrapnellgeschoß, das die Artillerie abfeuerte, machte seinem Aufenthalt in den Lüften ein Ende. Für ein freischwebendes Luftschiff ist die Gefahr noch nicht den zehnten Teil so groß.

Das Luftschiff wird an gefährlichen Orten leicht bis zu 1000 oder 1500 Meter aufsteigen, also doppelt oder dreimal so hoch stehen wie der Fesselballon. Dadurch wird aber die Zielmöglichkeit, wie die Erfahrung lehrt, auf ein Minimum herabgedrückt.

Die Treffsicherheit, die hier besteht, wird noch bedeutend durch die große Eigenbewegung vermehrt, die das Luftschiff selbst hat. Wenn der erste Schuß nicht trifft, weil das Ziel nicht richtig erkannt war, und das Visier anders eingestellt wird, dann ist auch das Ziel schon wieder ein ganz anderes, da das Luftschiff in der Zwischenzeit viele Meter vorwärts oder rückwärts, links oder rechts von der ursprünglichen Stelle entfernt ist. An den Angriff eines Luftschiffes durch Maschinengewehre oder durch Infanterie ist nach den letzten Erfahrungen gar nicht zu denken, da die Erfolge selbst bei einem Fesselballon die minimalsten waren. Es wurden zwar mehrere Löcher in der Ballonhülle gefunden, die sich aber von selbst geschlossen hatten, so daß an einen Schaden, den eine Gewehrkugel hervorbringen könnte, nicht zu denken ist. Nehmen wir an, man hat schnell und richtig die Entfernung auf 4000 Meter eingeschätzt. Dies wäre natürlich ein Zufall. Dann fliegt das Geschoß diese 4000 Meter in 15 Sekunden. In dieser Zeit ist aber das Luftschiff schon bei einer Sekundengeschwindigkeit von 15 Metern windestens 225 Meter nach sechs möglichen Richtungen — denn auch ein Höher- und Tiefersteigen kommt in Betracht — von seiner ersten Stellung fortgerückt. Also ist auch die Gefahr von „Ballonabwehrkanonen" nicht gerade als sehr groß anzusehen. Dazu kommt noch, daß das Luftschiff seine Fahrten voraussichtlich bei Nacht und unter dem Schutze der Dunkelheit antreten wird, wo es für die Geschosse überhaupt unerreichbar ist. Die Ballonbeschießung bei Griesheim, der wohl bald neue folgen werden, hat demgemäß die günstigsten Resultate für die Luftfahrzeuge gezeitigt.

Literarisches.

Der in seinem 34. Jahrgang vorliegende **„Neue Welt-Kalender"** für das Jahr 1910 (Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer u. Co., Hamburg) enthält u. a. Kalendarium. — Postalisches. — Beachtenswerte Adressen. — Statistisches. — Rückblick. — Messen und Märkte. — Im Kreislauf des Jahres. — Wer schützt die nationale Arbeit? Von Hermann Molkenbuhr. — Streik. Gedicht von Alexander Voigt. — Die Prangerbank. Erzählung von Ernst Zahn (mit Illustrationen). — Konsumvereine und Sozialdemokratie. Von Dr. August Müller (mit Illustrationen). — Zwischen den Aehren. Gedicht von Julius Zerfaß. — Die Rückseite des Mondes. Von Wilhelm Bölsche (mit Illustrationen). — Zitat. — Spitzel. Aus der russischen Konterrevolution. Erzählt von K. G. (mit Illustrationen). — Neue Saat. Gedicht von Franz Diederich. — Erlebtes und Erlittenes. Ein Beitrag zur Geschichte des sozialistengesetzlichen Polizeiunwesens von Karl Frohme (mit Porträt). — Proletarierkinder. Bilder aus der Agitation. Von O. B. — Die Wasserratte. Erzählung von Klara Viebig (mit Illustrationen). — Vom Gesinderecht zur modernen Dienstbotenbewegung. Von Ida Baar. — Bildschmuck fürs Arbeiterheim. Ein Nachweis guter Bilder. Von Dr. Franz Diederich (mit Illustrationen). — Der Alte. Gedicht von Ludwig Lessen. — Zwei Katastrophen (mit Illustrationen). — Die wirtschaftliche Krise und ihre Wirkung. Von Robert Schmidt. — Der Balkan und die Balkanwirren. Von Heinrich Cunow (mit Illustrationen). — Unsere Toten (mit Porträts). — Fliegende Blätter. — Blinder Eifer. — Für unsere Rätselfüser. — Außerdem vier Bilder: Winterabend — Liebesleute auf dem Lande — Kartoffelernte — Schnitter. — Ein Vierfarbendruck auf Kunstdruckpapier: Einaeichlafen. — Ein Wandkalender.

Kleines Feuilleton.

Liliencron und die Arbeiterpresse. Wie das Hamburger „Echo" erzählt, ist es Liliencron wie anderen Schriftstellern, die Offiziere waren, ergangen, als er seine Erzählungen der sozialdemokratischen Presse zur Verfügung stellte. Das Hamburger „Echo" hatte die Generalerlaubnis zum Abdruck seiner Prosawerke. Bis ihn eines Tages die Militärbehörde zwang, sie zurückzuziehen. Man hatte ein hochnotpeinliches Verfahren gegen ihn eröffnet mit der Beschuldigung, daß er „für die sozialdemokratische Zeitung Hamburger „Echo" einen Artikel (sic!) Adjutantenritte geschrieben" hätte. Der hohe militärische Herr, der ihn vernahm, hielt dem Verstockten schwarz auf weiß den „Artikel" im „Echo" triumphierend unter die Nase: Willst du noch leugnen, du Förderer des Umsturzes? In Liliencron kämpften helle Empörung und schreiende Lustigkeit. Was man ihm vorhielt, war die Mittagsschlacht, die als erstes Stück der Reihe unter dem Generaltitel Adjutantenritte im „Echo" abgedruckt war. Man hatte sich anscheinend nicht einmal die Mühe genommen, das corpus delicti zu lesen. Der Titel, der Autorname und die Tatsache, daß die Sache im sozialdemokratischen „Echo" stand, hatten der Militärbehörde genügt, um Liliencron, der nicht nur Deutschlands größter Lyriker, sondern auch Offizier a. D. war, in so ungeheuerlicher Weise zu belästigen. Es halfen ihm auch alle verständigen Darlegungen nicht, daß es sich nicht um einen Artikel, sondern um eine vor vielen Jahren schon entstandene Geschichte handelte, daß er durch eine früher gegebene Generalerlaubnis geschäftlich gebunden sei usw. Man erklärte ihm: wenn er nicht dafür sorge, daß nie wieder von ihm in sozialdemokratischen Zeitungen etwas abgedruckt würde, so müßte er gewärtigen, daß ihm die Offizierspension und die 2000 Mk. jährlichen Gnadengehalts, die er vom Kaiser erhalte, entzogen würden. Liliencron konnte diese Einkünfte nicht entbehren. Er mußte sich fügen. — Außer Liliencron hat auch Wilhelm von Polenz darunter zu leiden gehabt, daß er, der Offizier, seine Romane Arbeiterblättern überlassen wollte; in welche Konflikte Polenz dadurch geriet, kann man aus dem Aufsatz Intersoziale Literatur ersehen, den er seinerzeit im „Kunstwart" veröffentlichte, nachdem dieser das Unglaubliche an die Oeffentlichkeit gebracht hatte.

Eine unterirdische Stadt aus dem Mittelalter. Zwischen Amiens und Doullens, im nördlichen Frankreich, nahe an der großen Heerstraße, die einst von den Römern errichtet wurde, liegt eine merkwürdige mittelalterliche Bauanlage, deren Entstehung verknüpft ist mit den kriegerischen Tagen, da plündernde Normannen noch die Gefilde Nordfrankreichs durchzogen und die wehrlose Landbevölkerung brandschatzten. Es sind die Höhlen von Naeurs, eine ganze unterirdische Stadt, in der in einstigen Kriegstagen die Dorfbewohner mit ihrem Hab und Gut Schutz und Zuflucht suchten, ein gewaltiger Komplex unterirdischer Gänge, Zimmer, Ställe und Säle, der heute nur noch von forschenden Gelehrten und hin und wieder von einem neugierigen Touristen besucht wird. Charles J. Brandreth entwirft im Wide World Magazine eine fesselnde Beschreibung

---

Diese Schuldenlast, die sich wahrscheinlich im Laufe des weiteren Reklamationsverfahrens noch auf eine ganze Million türkischer Pfund verdoppeln wird, kann nach dem Gesetzentwurf vom Finanzminister sofort getilgt werden. Wenn er aber augenblicklich nicht gerade „bei Kasse" sein sollte, wird der gefangene „Vater der Konstitution" wohl oder übel wieder in die Tasche greifen müssen. Er hat so oft seine Kreaturen sich wie Schwämme am Volksvermögen vollsaugen lassen und sie dann ebenso rücksichtslos für seinen Golddurst ausgepreßt, daß er sich nicht wundern darf, wenn ihm jetzt dasselbe Los bereitet wird.

Eine viel umstrittene Frage.

Der Deutsche Bund für Katzenschutz (Sitz Berlin-Rixdorf, Donaustraße 105), zu dessen Mitgliedern namhafte Juristen, auch in höheren Richterstellen, gehören, gibt zur Klarstellung der Rechtsverhältnisse zwischen Vogelschützern und Besitzern anderer Tiere, vornehmlich Katzen, folgendes bekannt.

Am 1. März 1906 richtete der damalige preußische Minister von Podbielski an den Freiherrn von Berlepsch in Kassel einen Brief, dessen offen ausgesprochener Sinn dahin ging, zur Vernichtung der auf Vogelraub ausgehenden Katzen anzuregen und diese Vernichtung als Notwehr hinzustellen, die straffrei ist. Dieser Brief wurde von interessierten Kreisen als ein „ministerieller Erlaß" bezeichnet und dementsprechend recht weit verbreitet. Er gibt zunächst die einschlägigen Gesetzesparagraphen wieder. Die in ihm daneben ausgesprochene Privatmeinung des Herrn Ministers, welche in ausgiebigster Weise und vielfach in entstellter Form zur Katzenverfolgung ausgenutzt worden ist, kann aber nicht als Dogma betrachtet werden, denn sie ist irrig und entbehrt jeder rechtlichen Grundlage.

Die in den Gärten lebenden und nistenden Vögel sind nämlich herrenlos; da der Gartenbesitzer eine Gewalt über dieselben nicht ausüben kann, kann er auch ein Eigentumsrecht daran nicht begründen. Da nur rechtliche Interessen gefährdet werden können und daher schutzfähig sind, rechtliche Interessen jedoch an dem Vogelbestand nicht nachgewiesen werden können, so sind die §§ 228 und 229 des Bürgerlichen Gesetzbuches (Notwehr) sinngemäß hier überhaupt nicht anwendbar, wenn es sich darum handelt, die Vögel vor den Nachstellungen anderer Tiere zu schützen.

Maßregeln zum Schutz der Vögel kann der Gartenbesitzer treffen, soweit er dadurch nicht in fremde Rechte eingreift. Der Begriff „Notwehr" nach § 227 des Bürgerlichen Gesetzbuchs trifft überhaupt nicht gegenüber Angriffen von Tieren gegen Tiere zu. Jeder Gartenbesitzer kann gegen die in seinen Garten eindringenden Tiere Fallen aufstellen, doch darf er dies nicht in tierquälerischer Weise tun, denn von jedem humanen Menschen kann man auch humane Gesinnung gegen die Tiere erwarten.

Stellt er diese Fallen jedoch, mit stark riechendem Köder versehen, in seinem Grundstücke auf, um die Tiere erst anzulocken, so kann dies unter Umständen als Diebstahl oder Sachbeschädigung aufgefaßt werden. Jeder Nachbar, der als Eigentümer eines Tieres, sei es Hund oder Katze, durch das Aufstellen von geköderten Fallen oder Schlageisen eine Störung, Beeinträchtigung oder den Verlust seines Besitzes befürchten muß, kann die Entfernung dieser Fallen verlangen, und wenn diesem Verlangen nicht stattgegeben wird, daraufhin bei Gericht die Klage erheben.

Der Einwand des Gartenbesitzers, daß diese Abwehrmaßregeln nur gegen herrenlose oder wildernde Katzen gerichtet seien, ist nicht stichhaltig, da ein erkennbarer Unterschied zwischen herrenlosen, wildernden und Hauskatzen überhaupt nicht besteht, und jeder vernünftige Mensch bei einer Katze einen Eigentümer vermuten muß, weil Katzen an sich als Haustiere anerkannt sind. In kleineren Ortschaften wird diese Vermutung zur Gewißheit, denn hier kennt jeder Einwohner seinen Nachbar ebenso genau wie dessen Haustiere. Richtet eine Katze in einem Garten an dem Rechtsgut des Besitzers einen nachweisbaren Schaden an — ein vermuteter, angeblicher Schaden, der in der allgemeinen Auffassung der Vogelschützer, daß jede Katze den Vögeln nachstelle und dadurch Schaden anrichtet, besteht, ist im Einzelfalle selten nachweisbar, und wenn nachweisbar, rechtlich nicht zu begründen —, so ist der Katzenbesitzer zum Ersatz des Schadens verpflichtet, wenn ihm mangelhafte Beaufsichtigung des Tieres nachgewiesen wird.

Wir sind der Meinung, daß mit gutem Willen recht viel zu erreichen ist, daß man Katzen sehr gut unter Aufsicht nehmen und sie vom Besuch fremden Eigentums abhalten kann. Wie das gemacht werden muß, richtet sich nach dem Verständnis des Katzenbesitzers und nach der Eigenart des einzelnen Tieres. Tiere ein und derselben Gattung sind in ihrem Aussehen und in ihren Willensäußerungen genau so verschieden wie die Menschen, und aus diesem Grunde läßt sich eine allgemeine Regel zum Festhalten der Katzen nicht aufstellen. Das Anbinden der Katzen ist für die Mehrzahl dieser Tiere eine dauernde Quälerei, da sie im fortwährenden Bemühen, sich von den Fesseln zu befreien, innere und äußere Qualen erleiden, obwohl wir gern zugeben, daß einzelne Tiere ruhig an der Leine bleiben werden.

Genau so verhält es sich mit dem Umlegen von Halsbändern, die mit Schellen behangen sind; es wird eben Katzen geben, die ein solches Halsband gerne tragen, und andere, die überhaupt jedes Halsband abstreifen. Auf jeden Fall soll aber der Katzenbesitzer alles mögliche tun, um den Vogelbestand unseren Gärten und Anlagen zu erhalten, damit dem Katzengeschlecht nicht noch mehr Schuld an der Abnahme der Singvögel zugeschoben wird, als dies bisher schon in übertriebener Weise geschehen ist.

Demnächst erscheint im Verlage von „Recht und Schutz" in Berlin-Rixdorf ein Buch, welches über die vorgenannten Rechtsverhältnisse, sowie über das Tötungsrecht von Hunden und Katzen ganz genauen Aufschluß gibt.

dieser eigenartigen Anlagen. Von Taima aus zweigt eine kleine Seitenstraße von der großen römischen Heerstraße ab; sie führt zu dem kleinen Dorfe Naours, das ganz eingebettet in einem natürlichen Verstecke liegt, einer steilen Schlucht, die tief eingegraben ist zwischen steilen Kalksteinhügeln, so daß man die stille Ansiedlung arbeitsamer Landleute erst dann gewahrt, wenn man unmittelbar vor ihr steht. In die schroff emporstehenden Kalksteinwände aber ist jene unterirdische Stadt durch Menschenhand in jahrzehntelanger zäher Arbeit eingegraben worden; versteckt angelegte, schwer auffindbare Eingänge führen aus dem Sonnenlicht ins Dunkel und erschließen dem Besucher im Erdinneren eine phantastische neue Welt, die von lang vergangenen Jahrhunderten erzählt. Large hochgewölbte Stellen wechseln hier mit niedrigen Gängen, bilden ein Labyrinth sich verschlingender Pfade und Wege, führen durch Hallen und Säle, vorüber an Ställen und Wohnstätten, und machen den Besuch dieser unterirdischen Stadt für den Fremdling zu einem abenteuerlichen Wagnis, denn schon mehrfach haben Unkundige in dieser unterirdischen Stadt den Weg verloren und wurden halb erschöpft durch Rettungsexpeditionen wieder ans Tageslicht geführt. Mit seltener Umsicht haben die Erbauer dieser ungewöhnlichen Zufluchtsstätte auf alle Umstände Rücksicht genommen; in den unterirdischen Straßen liegen die Türen der Gemächer und Ställe einander nicht genau gegenüber, damit die Besitzer bei dem Ein- und Austreiben ihres Viehes einander nicht den Weg versperren; gewaltige Schachte streben empor zur Erdoberfläche, um den Bewohnern der Höhlen die Möglichkeit zu geben, Feuer anzumachen. Die Ausgänge dieser riesigen Schornsteine sind mit äußerstem Raffinement angelegt, sodaß man ihre Mündungen an der Erdoberfläche nicht bemerkt. Einer der Schachte mündet in den Rauchfang einer alten Mühle, die den Hügel bekrönt; ein anderer wurde in einen kleinen Wald geleitet; durch sie entwich einst der Rauch, ohne daß vorüberziehende Landsknechte es bemerken konnten, woher er eigentlich stammte. Eine unterirdische Kapelle gab den Bewohnern in Kriegszeiten die Möglichkeit, auch im Herzen der Erde ihren Gottesdienst abzuhalten, und wenn der Feind das Land überzog, konnten die Bauern von Naours mit ihrem ganzen Besitze auf Wochen in ihren Höhlen Wohnung nehmen, ohne Entbehrungen zu erleiden. Man hat alte Waffen, Münzen und Hausgeräte in diesen Höhlen gefunden, die zeigen, daß die unterirdische Stadt ein Jahrtausend lang regelmäßig als Zufluchtsstätte benutzt wurde. Erst nach und nach, als mit neuen Zeiten die Kriege seltener wurden, verließen die Bewohner die Höhlen, die seitdem verödet lagen und nur bisweilen dazu benutzt wurden, Steine für Häuserbauten zu liefern. Anscheinend wurden sie gegen Ende des achtzehnten und zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts zum letzten Male benutzt; sie dienten einer großen Bande von Salzschmuggalern als Schlupfwinkel. Als dann gegen 1825 ein Kind sich in dem unterirdischen Labyrinth verlief und nie mehr wieder aufgefunden werden konnte, als die Wölbungen durch die ungleichmäßige Entfernung von Steinmassen teilweise einstürzten und den Besuch der Höhlen mit Gefahr verknüpften, beschlossen die Dorfbewohner, ihre „Refuges" endgiltig zu schließen. Die Eingänge wurden verschüttet, Bäume, Pflanzen und Gestrüpp darüber angepflanzt und schon einige Jahrzehnte später waren die Höhlen nur noch ein Gegenstand romantischer Märchenerzählung, mit denen die alten Mütter am Abend ihre Enkelkinder unterhielten. Durch die Forschungen und Bemühungen des Dorfgeistlichen Danicourt, der mit Eifer historische und archäologische Studien betrieb und bei der Durchforschung alter Chroniken immer wieder die Erwähnung der großen „Refuges" fand, wurde die unterirdische Stadt vor etwa zwanzig Jahren wieder neu entdeckt und die verschütteten Eingänge wurden freigelegt. Die Aufräumungsarbeiten zeigten dann, daß der Umfang dieser künstlichen Höhlen ungleich größer war, als man vermuten durfte, bis zwei englische Meilen tief in das Erdreich hinein ziehen sich die Gänge und Straßen, die in der Mitte auf eine große Rotunde ausmünden, in der wahrscheinlich die Flüchtlinge früher ihre Beratungen abhielten und die Geschäfte der unterirdischen Stadt verwalteten. Erst vor kurzem erlebte ein Bauer in diesem gewaltigen Höhlensystem ein aufregendes Abenteuer. Er hatte schon mehrfach die unterirdische Stadt besucht und glaubte auch ohne Führer gleich den Ausweg wiederfinden zu können. Aber in dem Gewirr von Straßen und Stollen verlor er die Richtung, irrte achtzehn Stunden lang durch das Dunkel, bis er endlich erschöpft zusammenbrach. Inzwischen suchte eine Rettungsexpedition bereits nach dem Vermißten, stundenlang war sie am Werke, bis es ihr endlich gelang, den Bewußtlosen in einer abgelegenen Gasse des Quartiers de la haute Carneye noch lebend wieder aufzufinden.

Die weiße Kohle der Vereinigten Staaten. Die nordamerikanische Union ist in manchen Teilen außerordentlich reich an mächtigen Wasserkräften, die den wichtigsten natürlichen Hilfsquellen des Landes beizuzählen sind. Die besonders günstigen Verhältnisse im Staate Wisconsin haben die amerikanische Regierung veranlaßt, die dortigen Wasserläufe mit Hinblick auf ihre Brauchbarkeit als Kraftquelle genau studieren zu lassen. Es liegen bereits Berichte über eine Stromlänge von etwa sechshundert Kilometer vor. Gegenwärtig liefern die Wasser etwa 130 000 Pferdestärken. Dies stellt jedoch nur einen geringen Bruchteil der verfügbaren Energie dar. Die in Frage stehenden Wasserläufe haben ein Gefälle von 1—1²/₃ Meter auf das Kilometer. Trockenperioden treten nur etwa alle 25 Jahre auf und übermäßige Dürre nur in jedem 50. Jahre. Allerdings übt hier die immer weitergehende Waldverwüstung einen erheblich ungünstigen Einfluß aus. Die Wasserkraft wird vornehmlich in der Papier- und Textilindustrie verwendet, sowie als Antrieb für elektrische Licht- und Kraftanlagen. Im Städtchen Kilbourn am Wisconsin-Flusse ist eine mit Wasserkraft betriebene Zentrale errichtet worden, die einen Umkreis von 50 Kilometern versorgt. Der Saint-Croix-Fluß, der einen Wasserfall von über 15 Meter Höhe bildet, betreibt eine Station von 27 000 Pferdekräften und liefert bis zu einer Entfernung von 40 Kilometern Strom. Noch mächtiger wird die Anlage am St. Louis-Flusse sein, wo mit 200 000 Pferdekräften auf Abstände bis zu 75 Kilometern gearbeitet werden soll. Dies Werk würde dann nach den Werken am Niagarafall an zweiter Stelle stehen. Von Fox River aus werden 35 000 Pferdestärken an industrielle Etablissements abgegeben. Die Anlagen sind in vieler Hinsicht mustergiltig. Ebenso wie in Wisconsin betrachtet man auch anderwärts in der Union das Wasser als wirtschaftlichen Hauptfaktor des Landes.

Die Erhaltung der schwarzen Rasse. Zu den vielen falschen und übertriebenen Vorstellungen über afrikanische Verhältnisse, mit denen die Forschung neuerdings aufgeräumt hat, gehört auch die Annahme von nach vielen Millionen zählenden „Wilden", die den dunklen Erdteil bevölkern. Tatsächlich ist die Bevölkerungsdichtigkeit auch der fruchtbarsten Länderstriche ganz unverhältnismäßig gering. So leben nach den neuesten amtlichen Schätzungen in Deutsch-Ostafrika, das doppelt so groß ist wie das Deutsche Reich, nur 4 847 000 Einwohner, in Kamerun, das fast genau so groß ist wie Deutschland, nur 2½ Millionen, in Deutsch-Südwest, das die anderthalbfache Größe des Mutterlandes hat, sogar nur 200 000. Als Gründe für diese Dürftigkeit der Bevölkerungsziffern sind neben den Nachwirkungen der früheren Sklavenjagden, des Kannibalismus und der blutigen Vernichtungskriege der Negerstämme untereinander, einerseits die geringe Fruchtbarkeit der schwarzen Rasse, andererseits die massenhafte frühzeitige Sterblichkeit anzusehen. Jene ist eine Folge der allzu frühen Heiraten, der verheerenden Geschlechtskrankheiten und der vielfach üblichen Vernichtung keimenden Lebens, diese beruht auf der geradezu grauenerregenden gesundheitlichen Vernachlässigung der Neugeborenen, die nach der Entwöhnung von der Brust nur zu bald in ihrem eigenen Schmutz, in schwärenden Krankheiten oder infolge der widersinnigen Ernährung elend verkommen. Ueberhaupt spielt die unzweckmäßige Ernährung des Negers jeden Alters in Afrika eine verhängnisvolle Rolle und macht ihn zur leichten Beute infektiöser Darmkrankheiten, besonders der Ruhr. Seine primitive Bekleidung jetzt ihn namentlich in der Regenzeit zahllosen Erkältungen, von leichteren Katarrhen bis zu Gelenkrheumatismus und Lungenentzündung aus. Dazu kommt, daß nach den letzten amtlichen Medizinalberichten aus den Schutzgebieten auch die Tuberkulose, die dort bisher noch so gut wie unbekannt gewesen war, als Schreckgespenst in der schwarzen Bevölkerung aufzutreten beginnt, und daß der Alkoholkonsum die Widerstandskraft des Negers gegen krankmachende Einflüsse herabmindert. Namentlich Pocken, Schlafkrankheit, Lepra und Wurmkrankheit fordern zahlreiche Opfer. Allen diesen Gefahren gegenüber fordert ein alter Afrikaner, Stabsarzt Dr. Lion, in einem Artikel der „Kolonialen Rundschau" dringend und energisch die hygienische Erziehung des Negers nicht nur als selbstverständliche Menschenpflicht der unzivilisierten Rasse gegenüber, sondern auch im nationalen Selbsterhaltungsinteresse. Dr. Lion rät vor allem zur systematischen Bekämpfung aller Krankheiten, deren Träger der Neger ist, da alle persönliche Hygiene der Europäer sonst nur problematischen Wert hätte, und empfiehlt Aufklärung der Bevölkerung — besonders durch die Schulen — über Wohnungs- und Kleidungshygiene, Kinderernährung usw. Die Indolenz des Negers in dieser Hinsicht ist allerdings groß, daß sie aber bekämpft werden kann, beweist sein Verhalten gegenüber der Schutzpockenimpfung, deren Nutzen schon weite Kreise der Bevölkerung begriffen haben. Diese vom nationalen Profitinteresse diktierte Humanität des Hygienikers kann über die Tatsache nicht hinwegtäuschen, daß gerade die kapitalistische Kolonisation in unerhörter Weise die schwarze Rasse dezimiert hat. Die systematische Massenschlächterei in Südwestafrika ist denn doch noch in allzu frischer Erinnerung und der Mangel an „hygienischer Aufklärung" in Europa selbst allzu himmelschreiend, als daß man die „Negerhygiene" anders denn als blutige Ironie empfinden könnte.

Die Schätze der „Lutine". Aus Amsterdam wird der „Vossischen Zeitung" geschrieben: „In der Nacht vom 9. auf den 10. Oktober 1799 sank das englische Kriegsschiff „Lutine", das für 15 Millionen Gulden an Goldbarren und Münzen, die für Hamburg bestimmt waren, an Bord hatte, bei der Insel Terschelling. Da England damals mit Frankreich Krieg führte und Holland im Fahrwasser der französischen Politik sich bewegte, so wurde das gesunkene Schiff als Kriegsbeute das Eigentum der Republik. Erst später, im Jahre 1823, trat der König der Niederlande, Wilhelm I., die niederländischen Rechte auf die im Wrack befindlichen Schätze an den König von England ab, der sie seinerseits den „Lloyds" übertrug. Diese Gesellschaft hat während des vorigen Jahrhunderts mit den damals allein verfügbaren einfachen Taucherapparaten 198 Gold- und Silberbarren und 12 000 Dukaten im Gesamtwert von 1 Million Gulden zutage gefördert. Es war ein besonderer Wachedienst für die „Lutine" ins Leben gerufen worden, und von Zeit zu Zeit brachten die Blätter nähere Mitteilungen über die aus dem Schiff gewonnenen Münzen. Jetzt aber sollen sämtliche im Wrack noch liegenden Schätze geborgen werden, und die Gesellschaft, die mit den „Lloyds" einen Kontrakt darüber geschlossen, hat einen Ingenieur beauftragt, einen Apparat zu konstruieren, der die ganze Bergungsarbeit in ein paar Wochen verrichten soll. Dieser Apparat soll derart eingerichtet werden, daß alles, was auf dem Meeresboden sich befindet, zusammengebracht und nach oben befördert werden kann. Den Hauptbestandteil des Apparats werden die sogenannten zwei Sandsauger bilden, die in vierundzwanzig Stunden je 40 000 Tonnen des Sandes, der das Schiff bedeckt und wohl auch sein Inneres erfüllt hat, entfernen sollen; ein besonderer, durch eine Röhre zum Einlassen von Luft mit dem den Apparat tragenden Schiff verbundener aber geschlossener Raum, in dem mit Hilfe unterirdischer Scheinwerfer gearbeitet werden kann, wird es ermöglichen, die Arbeiten ununterbrochen fortzusetzen. Wenn der durch Dampf getriebene Apparat in Tätigkeit ist, so wird, wie beim Baggern, alles, was sich auf der Oberfläche des Meeresbodens befindet, wie mit einem Rechen zusammengebracht und auf Deck des Schiffes gebracht, wo es dann auf seinen Gold- und Silberinhalt untersucht wird.

Vermischtes.

Großfeuer. St. Ingbert, 28. Juli. Großfeuer brach auf der Aktienglashütte aus. Der Kessel eines mit 3500 Zentnern flüssigen Glases gefüllten Wannenofens brach ein. Die Flammen schlugen hoch empor. Gleichzeitig strömte das glühende Glas aus, mehr als 50 Arbeiter, die auf der Wanne arbeiteten, bedrohend. Die Feuerwehr brachte mit größter Mühe das flüssige Glas zum Gefrieren. Der entstandene Schaden ist bedeutend.

Frankfurt a. M., 28. Juli. Heute nachmittag zeigten sich bei einigen Mitgliedern einer Arbeiterfamilie Vergiftungserscheinungen. Die sofort eingeleiteten Ermittelungen haben ergeben, daß die Vergiftungen von Vanillesauce herrührten. Zwei Mädchen mußten ins Krankenhaus gebracht werden.

Ermordet aufgefunden. Schopfheim, 28. Juli. Im benachbarten Fahrnau ist eine junge Italienerin von einem 45jährigen Arbeiter ermordet worden. Der Täter konnte bisher noch nicht ermittelt werden.

Keine Cholera. Lemberg, 28. Juli. Nach amtlicher Feststellung ist der gestern unter verdächtigen Symptomen plötzlich gestorbene Arbeiter nicht an Cholera, sondern an Herzversettung und Entartung der Herzmuskeln gestorben.

Eine kostbare Reisetasche gestohlen. Bern, 28. Juli. Im Eisenbahnwagen zwischen Lausanne und Bern wurde einer österreichischen Gräfin, die mit ihrem Sohne und zwei Töchtern vom Genfer See nach Karlsruhe fuhr, die Reisehandtasche mit Schmucksachen und Banknoten im Werte von 4000 Frank gestohlen. Als verdächtig wurden zwei Reisende aus Malta verhaftet, die im gleichen Wagen fuhren. Die gestohlenen Wertsachen sind noch nicht zum Vorschein gekommen.

Briefkasten der Redaktion.

Nach Detmold. Solche Berichte ohne Angabe der Namen bringen wir nicht; das sollten Sie doch wissen.

Nach Minden. 1. Laut welchen Protokolls? 2. Wenn Sie die Ausschnitte einsenden wollen, muß das regelmäßig geschehen, sonst ist es zwecklos.

Briefkasten der Expedition.

Achtung, Filialexpedienten! Von folgenden Filialen haben wir bis heute keine Nachricht erhalten, wie viel Zeitungen für August gebraucht werden: Höxter, Mellbergen, Neubeckum, Nordhorn, Wendthagen, Warendorf.

Wir machen darauf aufmerksam, daß wir nicht eher Zeitungen überweisen, bis wir die Bestellung vom Expedienten bekommen haben.

Oetinghausen. Arbeiter-Turnverein. Soll das Eingesandte eine Annonce sein? Im lokalen Teil bringen wir nur einen Hinweis.

Vereins-Kalender.

Die nachstehenden durch Fettdruck hervorgehobenen Vereine gehören den in Betracht kommenden Zentralorganisationen an: Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität", Arbeiter-Sängerbund, Arbeiter-Turnerbund.

Freitag.

Arb.-Gesangverein „Waldeslust 8 Uhr bei Tuxhorn, Bleichstr.
Männer-Gesangverein „Freie Stunde" 9 Uhr bei Sewing, Burgerweg 93.
Gesangverein „Concordia" 9 Uhr bei Kleinert.
„Teutonia 1" 9 Uhr bei Kahl, Herforderstraße 137.
Zitherklub „Alpenrose". Rietes. Nebelswall.
Guttemplerorden. Loge Bielefeld. 8½ Uhr. Gr. Kurfürstenstr. 51.
Kegelklub „Freie Bahn" 9 Uhr bei Fritz Beckmann, Kl. Howe.
Kegelklub zu den drei Linden 9 Uhr bei Kickert, Ehlentrupperweg.
Bielefelder Kraftsportvereinigung 9 Uhr im „Berliner Hof".
Freie Turnerschaft Bielefeld, Abt. „Vorwärts" 8½ Uhr bei Freudenau, Heeperstraße.
— **Abt. „Eintracht" 8½ Uhr bei Langewort, Detmolderstraße.**
— **Abt. „Eichenkranz" 8½ Uhr b. Lohmann, Altenschildescherweg.**
— **Abt. „Jahn" 8½ Uhr bei Stockbrügger, Turnerstraße.**
— **Abt. „Gadderbaum" 8½ Uhr bei Brackstek, Hallerweg.**
— **Abt. „Hoffnung" 8½ Uhr bei Apenbrink, Herforderstraße.**
Freie Radfahrer-Vereinigung, Abteilung 5, 9 Uhr bei Apenbrink.
Radfahrerverein „Tourist" Sitzung bei Helms, Jöllenbeckerstr.
Radfahrerverein „Transvaal" 9 Uhr bei Wirt Höner zu Eißen.
Radfahrerklub „Flora" 9 Uhr bei Wöhler, Heeperstraße.
Brackwede. Arbeiter-Radfahrerverein „Freiheit" 8½ Uhr bei Karl Schröder.
Brackwede. Freie Turnerschaft, Abt. „Frisch Auf", 8½ Uhr bei Wirt Schröder.
— **Abteilung „Fichte" 8½ Uhr bei Wirt Goldstein.**
— **Abteilung „Deutsche Kraft"-Ummeln an bekannter Stelle 8½ Uhr.**
Brackwede. Brocker Männerchor 8 Uhr bei Karl Schröder.
Theesen. Arbeiter-Gesangverein „Horstheide" 8½ Uhr bei Wilhelm Meier-Ditrich.
Sudbrak. Arb.-Turnverein „Frisch Auf" b. Wirt Fohrmann.
Schildesche. Radfahrerklub „Einigkeit" 8½ Uhr im Hellingskrug.
Schildesche. Arb.-Turnverein „Deutsche Eiche" 8 Uhr bei Lechterbeck.
Schildesche. Arbeitergesangverein „Schildesche" 8½ Uhr bei Höner, Bielefelderstraße.
Schildesche. Kegelklub „Fortuna" 8½ bei Siekmann, Herforderstraße 8.
Dornberg. Turnverein Jahn 7—9 Uhr bei Indiestel, Bürgerweg.
Brake. Arbeiter-Turnverein „Eintracht" 8½ Uhr.
Enger: Turnverein „Eintracht" 9 Uhr im Niermannschen Saale.
Herford. Arbeiter-Turnverein „Stiftberg" 9 Uhr bei Wirt Tiemeyer.
Herford. Arb.-Radfahrerverein „Freie Radler" 9 Uhr im Restaurant „Zur Traube", A. Seeger.
Herford. Arbeiter-Turnverein „Vorwärts" 9 Uhr bei Wirt Brockmann.
Herford. Turnverein „Eichenkranz" 9 Uhr bei Läge.
Sundern. Arbeiter-Turnverein „Freiheit" 9 Uhr bei Wirt Meister.
Schweicheln. Arbeitergesangverein „Frohsinn" 8½ Uhr bei Wirt Generotzky.
Falkendiek. Arbeiter-Turnverein „Eintracht" 8½ Uhr bei Stille.
Oetinghausen. Arbeiter-Turnverein „Eichenkranz" 9 Uhr beim Wirt Dösdicker.
Spenge. Arb.-Turnverein „Einigkeit" 8¾ Uhr bei Heitmann.
Rehme. Arbeiter-Radfahrerverein „Bahn frei" 8½ Uhr bei Röhke.
Rehme. Freie Turnerschaft 9 Uhr bei Röbke.
Werther. Arbeiter-Turnverein „Frisch Auf" 9 Uhr.
Rheda. Arbeiter-Gesangverein 8½ Uhr bei August Kipp.
Lage. Kraft-Sport-Verein 8½ Uhr bei Karl Voß, Langestr.
Detmold. Arbeiter-Gesangverein 8½ Uhr in der „Centralhalle".
Lemgo. Freie Turnerschaft 8½ Uhr bei Gastwirt Mohrmann, Lippischer Hof.
Minden. Freier Turnerbund abends 8½ Uhr.
Stadthagen. Freie Turnerschaft 7½—9½ Uhr im Schaumburger Hof.
Stadthagen. Arbeitergesangverein „Edelweiß" 7—9 Uhr.

Kleine Anzeigen-Ecke.

Jedes Wort kostet nur **2** Pfg., in der fetten Ueberschrift **10** Pfg. ✱ Worte mit mehr als 15 Buchstaben werden doppelt gerechnet.

Anzeigen unter dieser Rubrik werden nur bei Vorausbezahlung angenommen.

Medaillon [4096*
mit Kette auf Bethlehem verloren. Bitte abzugeben Mellerstraße 11.

Reisekörbe, [4087*
Waschkörbe, gut gearbeitet, bei A. Beukert, Korbwarengeschäft, Gehrenberg 33. Reparaturen gut und billig.

Fahrräder,
Motorräder, Näh-, Wasch- u. Wringmaschinen verkaufe vorgerückter Saison halber zu bedeutend herabgesetzten Preisen, sowie auch sämtliche Zubehörteile: Decken von 2.50 an, Schläuche 2.10, Fußpumpen 1 Mk., Karbid-Laternen 2.50, Ketten 2.50, Lenkstangen 2.75 u. s. w. Ad. Stüwe, Fahrrad- u. Nähmaschinen-Handlung, Schildesche, Herforderstr. 36. [4091*

Kaffee,
große Posten, gute Qualitäten, vor der Steuer billig abzugeben Wiebrock, Heeper- und Kaiserstr.-Ecke. [4072

Nähmaschinen,
mehrere gebrauchte, billig abzugeben Louis Voß, Kaiserstraße 3. [4088*

Streichhölzer
sollt' noch haben Ihr, wenn andere keine haben mehr; so lange der Vorrat reicht. Wiebrock, Heeper- und Kaiserstraßen-Ecke. 4073

50 Prozent 3918
und mehr verdient jeder bis zum Inkrafttreten der Steuer, der Zigarren tistenweise kauft bei Aug. Dustmann, Arndtstr. 20, Ecke Gr. Kurfürstenstraße.

Möbelhaus
G. Kürbis, Bleichstraße 189, großes Lager, solide Arbeit, billige Preise. Teilzahlung gestattet. [4044*

Sofa,
gebrauchtes, und eine Bettstelle mit Matratze billig zu verkaufen. Oelmühlenstraße 63. 4095*

Eier 60. 4074
Wenn Wiebrock nicht wär, wer gebe wohl das Pfund zu 60 Pfg. her. Wiebrock, Heeper- und Kaiserstr.-Ecke.

Mittag-
und Abendtisch Bahnhofstraße 17, Hinterhaus. [4085*

300
Paar Knaben- und Mädchenschulstiefel in Ia. Ware, sowie Posten Herren- und Damenstiefel bringen wir weit unter Preis zum Verkauf. Hüte, Mützen, Hemden, sowie getragene Anzüge, Hosen und Westen kaufen Sie am besten und billigsten bei Kohlmeier & Düring, Piggenstr. 10, am alten Markt. 4097

Herren-
Wäsche, Muster-Kragen und solche mit kleinen Fehlern, Stück 10, 20 und 30 Pfg. Krawatten und Handschuhe billigst. Stets das Neueste. Heinr. Oberschelp, Herforderstr. 76a, gegenüber der Glashütte. 3992*

Kochherde,
weiß und schwarz emailliert, wenig gebraucht, in enorm großer Auswahl, sollen räumungshalber zu jedem nur annehmbaren Preise verkauft werden. Teilzahlung gestattet. Adolf Heine, Ritterstraße 57. 3569

Kaffee.
Mein jahrzehntelang bekannter und beliebter gebr. Plantagenkaffee, pro Pfund 1 Mark, bleibt unübertroffen. Beweis: Das gleichlautende Urteil aller Hausfrauen, sowie der ständig steigende Umsatz. Wer nicht probiert — verliert! Kaufhaus Wirths, Kreuzstraße Nr. 28, Nebelswall. [3570

2 Wohnungen
in Schildesche, Bielefelderstraße, drei und vier Räume mit Land, per 1. Oktober zu vermieten. Näheres Voß, Bielefeld, Kaiserstr. 3. [4089*

Wohnung
von 4 Räumen umständehalber zum 1. Oktober frei (Preis 60 Taler). Oststraße 13a. 4084*

Wohnungen,
3 Räume, abgeschlossen, per sofort und 1. Oktober zu vermieten. Näheres bei Wiemken, Finken- und Petristraßen-Ecke. [3966*

Wohnung,
3 Räume, 1. Oktober zu vermieten. Fr. Beckmann, Kl. Howe. [4090*

Wohnung 4098*
von 3 Räumen mit Stall und Land zum 1. Oktober zu vermieten. Nachzufragen Wörmann, Bleichstr. 106.

Abonnementspreis
für Bielefeld und Umgegend wie bei sämtlichen Agenturen ins Haus gebracht 60 Pfg. monatlich. Durch die Post bezogen 1,80 Mk. vierteljährlich exkl. Bestellgeld.
Einzelnummer 10 Pfg.

Erscheinungstage
mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage täglich nachmittags.

Fernsprech-Anschluß Nr. 3

Nr. 175.

Die heutige N

Das b

„Nach der hakatistisch
Mit diesem prophetische
Morawski eine Broschü
„Der kommende Tag."
zeichnend für Inhalt u
Junkern als rächende
Schrecken der Enteignu
menbruchs der konservat
lungspolitik in den Ostm
deutschen Großgrundbesi
Bauern, vor allem aber
gesetzes habe in den St
weckt, die ihren drastis
„Volksliede" gefunden h
Michel
Hol der
Ob sie
Alle soll
Auch folgender „Vor
„Ende März dieses
ner Ansiedlerversammlun
Kreise Gostyn ein Term
von Außenschlägen statt.
den Pachtpreis einigen
Drohung, der Rittergu
machen, da die Enteign
Grund und Boden den
Ob nun die Schilder
Stimmung zutrifft oder
Alarmruf durchaus ernst
alles zu tun, um die „
Daß sie deshalb auch die
„kommunistischen" Gefah
mit natürlich noch nicht
rote Gefahr vielmehr n
loseren Unbequemlichkeit
Junkern auf alle Fälle
politik geworden. Unse
lungspolitik, solange ihn
wuchsen: enorm in die
Güter und die Seßhaft
nun aber jetzt die bäue
die Konservierung des
Restgüter protestieren u
tischen Uebergewichts
Provinz fordern, halten
Siedelung. Einhalt zu
auch bereits bei der let
Abgeordnetenhause offen
sche Charybdis" Moraw
nur ein willkommenes
lungspolitik und ein En
gen der Ansiedler zu ve
Immerhin mag freili
schlagen. Denn darin d
auch zehnmal nur den
Anti-Polenpolitik zu sti
nischen Schnapsblockhan
zieren zu helfen — nicht
sitzverteilung eine so au
keiner allzu intensiven
Besitzlosen" gegen die J
geheuerlich und dem
tariers, des Kleinbaue
Schlesien 178 Majorate
umfassen, daß die Fami
Morgen, der Fürst Pleß
Donnersmarck und Gra
reiche andere Grafen, F
Morgen Landes besitzen
oder Kleinbauern nicht
„Teilens" nicht für ri
ergeben hat: 2 048 000
Hektar Fläche, d. h. 62
faßten 1907 nur 4⅘ P
fläche, während 20 000
allein 80 Prozent der g
wenn wir die Betriebe
faßten rund 2½ Million
zent der Betriebsfläche,
mehr als 20 Hektar nic
landwirtschaftlichen Bet
Aber selbst wenn wi
ausschalten und nur die
Wirtschaften, deren Inh
diger Landwirt im Ha
neuesten Betriebszählun

Betriebsgröße	
bis 2	Hektar
2 „ 5	„
5 „ 20	„
20 „ 100	„
über 100	„

Also noch nicht volle
als 64 Prozent der ge
Es ist vollends ungel
besitzer, noch nicht 20 00
Wirtschaftsfläche ihr ei
Besitz, so führt Moraw
unserer Junker:
„Der ganze hochmo
Lenker, dient feudalen
Entwicklung wird von
und ihre politischen Fr
wenn nicht im Reichstag
gehört die Armee, die g
fluß bei Hofe. In der g
der Adel und die Konse
nehmen wie in Preußen